Beschlußprotokoll

über den 11. ordentlichen Landesparteitag der NRW-SPD am 14. und 15. Dezember 1991 in Hagen

Inhaltsverzeichnis

Seite/n

TOP 1.:	Eröffnung und Begrüssung	1
TOP 2.:	Konstituierung	1/2
TOP 3.:	Beschlussfassung über Tages- und Geschäftsordnung	2
TOP 4.:	Grussworte	2
TOP 5.:	Rede des Landesvorsitzenden	2
TOP 6.:	Bericht des Landesvorstandes	3
TOP 7.:	Finanzbericht	3
TOP 8.:	Bericht der Landeskontrollkommission	3
TOP 9.:	Bericht der Landtagsfraktion	3
TOP 1o.:	Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 5. - 9.	3
TOP 11.:	Entlastung des Vorstandes	4
TOP 12.:	Bericht der Mandatsprüfungskommission	4
TOP 13.:	Beratung der Satzungsänderungsanträge	4
TOP 14.:	Antragsberatung	4 - 33
TOP 15.:	Wahlen	33 - 35
	Rede des Parteivorsitzenden	35
TOP 16.:	Schlusswort	35/36
	Fussnote	36

TOP 1.: Eröffnung und Begrüssung

Die stellvertretende Landesvorsitzende Antje Huber eröffnete den 11. ordentlichen Landesparteitag der NRW-SPD und begrüsste die Anwesenden. Der Landesparteitag gedachte der in den vergangenen beiden Jahren verstorbenen Mitglieder der NRW-SPD, unter ihnen Werner Figgen, Landesvorsitzender von 1975 bis 1977, Fritz Petersdorff, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von 1975 bis 199o, und Herbert Wehner, langjähriger Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

TOP 2.: Konstituierung

Es wurden vorgeschlagen und gewählt bzw. bestätigt:

a) die Mitglieder des Präsidiums

Manfred	Böcker	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Anke	Brunn	Bezirk Mittelrhein
Magdalene	Hoff	Bezirk Westliches Westfalen
Gerd	Müller	Bezirk Niederrhein
Angelica	Schwall-Düren	Landesvorstand

b) die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission

Rainer	Brinkmann	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Ferdi	Franke	Landeskontrollkommission
Hanna	Kästner	Bezirk Mittelrhein
Elke	Kemper	Bezirk Niederrhein
Willfried	Mittelberg	Landeskontrollkommission
Herbert	Nilges	Landeskontrollkommission
Renate	Riesel	Bezirk Westliches Westfalen
Rainer	Verhoeven	Landeskontrollkommission

c) die Mitglieder der Zählkommission

Elke	Bisoke	Bezirk Niederrhein
Ferdi	Franke	Landeskontrollkommission
Veronika	Franke	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Günter	Harke	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Christel	Hoffmann-Dahmen	Bezirk Westliches Westfalen
Elke	Kemper	Bezirk Niederrhein
Helmut	Kesberg	Bezirk Mittelrhein
Dagmar	Lafos	Bezirk Mittelrhein
Willfried	Mittelberg	Landeskontrollkommission
Herbert	Nilges	Landeskontrollkommission
Gabriele	Porath	Bezirk Westliches Westfalen
Rainer	Verhoeven	Landeskontrollkommission

Konstituierung

d) die Mitglieder der Antragskommission

Franz-Josef	Antwerpes	Bezirk Mittelrhein
Gabriele	Behler	Landesvorstand
Christa	Bredner	Bezirk Westliches Westfalen
Helga	Giesselmann	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Michael	Groschek	Bezirk Niederrhein
Wolfgang	Hahn- Cremer	Landesvorstand
Barbara	Ingenkamp	Bezirk Mittelrhein
Helmut	Kuhne	Bezirk Westliches Westfalen
Hans	Pflug	Bezirk Niederrhein
Joachim	Poss	Bezirk Westliches Westfalen
Elke	Talhorst	Bezirk Niederrhein
Reinhold	Trinius	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Kurt	Uhlenbruch	Bezirk Mittelrhein
Reinhard	Wilmbusse	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Sabine	Zech	Landesvorstand

TOP 3.: Beschlussfassung über Tages- und Geschäftsordnung

Die vorläufige Tages- und Geschäftsordnung wurden in den vorliegenden Fassungen einstimmig beschlossen.

TOP 4.: Grussworte

Grussworte sprachen der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Hagen, Dietmar Thieser, der Vorsitzende des gastgebenden Bezirks Westliches Westfalen Hermann Heinemann, der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hagen Wilfried Kramps, der nordrhein-westfälische DGB-Landesvorsitzende Heinz-Dieter Mahlberg und der brandenburgische SPD-Landesvorsitzende Steffen Reiche

TOP 5.: Rede des Landesvorsitzenden

Johannes Rau hielt das Grundsatzreferat und sprach zu Ende seiner Ausführungen die personellen Veränderungen im Landesverband und in der Landtagsfraktion an. Er dankte Antje Huber für ihr langjähriges Engagement und bat um Vertrauen für die als Nachfolgerin kandidierende Gabriele Behler

+) siehe auch Fussnote.

TOP 6.: Berichte des Landesvorstandes

Unter diesem Tagesordnungspunkt nahmen Bernhard Kasperek und Ernst-Martin Walsken das Wort und erläuterten die ihnen gestellten Aufgaben und Umsetzungsvorstellungen.
+) siehe auch Fussnote.

TOP 7.: Finanzbericht

Fritz Ziegler erstattete den Finanzbericht für die zurückliegenden 24 Monate, nahm auf die veränderten Finanzbedingungen Bezug und äusserte sich zur künftigen Finanzierung. Er machte grundsätzliche Ausführungen zur Umstrukturierung der Finanzmittel.
+) siehe auch Fussnote.

TOP 8.: Bericht der Landeskontrollkommission

Auf eine mündliche Berichterstattung wurde mit Hinweis auf die schriftlichen Ausführungen im Tätigkeitsbericht verzichtet.

TOP 9.: Bericht der Landtagsfraktion

Friedhelm Farthmann machte ergänzende Ausführungen zum vorliegenden Tätigkeitsbericht der SPD-Landtagsfraktion.
+) siehe auch Fussnote.

TOP 1o.: Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 5. - 9.

An der Aussprache beteiligten sich Ralf Krämer, Loke Mernizka, Reinhard Schultz, Heidrun Mergard, Wilfried Kramps, Ilse Ridder-Melchers, Issa Hai Saher, Wilhelm Rühl, Andreas Hoppe und Christoph Zöpel. Johannes Rau nahm zu einigen Diskussionsbeiträgen Stellung.

TOP 11.: Entlastung des Vorstandes

Landesvorstand und Schatzmeister wurden auf Vorschlag der Landeskontrollkommission und des Präsidiums bei zwei Gegenstimmen unter Stimmenthaltung der Betroffenen entlastet.

TOP 12.: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Rainer Verhoeven erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission und stellte fest, dass alle 3oo eingeladenen Delegierten und die 19 stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes anwesend seien. Die Aufteilung der Delegierten ergab sich nach der Landessatzung wie folgt:

Westliches Westfalen	142
Ostwestfalen-Lippe	3o
Niederrhein	72
Mittelrhein	56.

TOP 13.: Beratung der Satzungsänderungsanträge

Die Satzungsänderungsanträge wurden im Rahmen der allgemeinen Antragsberatung unter TOP 14. behandelt.

TOP 14.: Antragsberatung

Vor Eintritt in die Beratung der Antragsgruppe A und B sprachen Dieter Schulte, IG Metall, und Josef Windisch, IG Bergbau und Energie, zur aktuellen Stahl- und Kohlesituation.

Vor der Beratung der Antragsgruppe K nahm Bernhard Kasperek für den SPD-Landesvorstand das Wort.

Die Voten des Landesparteitages sind dem nachstehenden Antragsspiegel zu entnehmen. Es wurde zunächst über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt.

Antragsberatung

Antragsspiegel	Beschluss des Landesparteitages
ANTRAGSGRUPPE A ARBEITSMARKT-, WIRTSCHAFTS- UND STRUKTURPOLITIK	
Initiativantrag 2 Resolution zur Stahlpolitik	Annahme (damit erledigt Anträge A 1 und A 2).
A 3 Strukturwandel in NRW - Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik	Annahme in der Fassung der Antragskommission (damit erledigt A 7).
Alle weiteren Anträge der Antragsgruppe A (A 4 - A 6, A 8 - A 12)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.
ANTRAGSGRUPPE B UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK	
Initiativantrag 1 Resolution für eine sichere Energieversorgung mit heimischer Kohle	Annahme in der Fassung der Antragskommission (damit erledigt B 1 - B 3)
Ä 1 Kohlevorrangpolitik Garzweiler II	Annahme (damit erledigt B 4 - B 6; Begründung von B 4 als Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
Alle weiteren Anträge der Antragsgruppe B (B 7 - B 2o)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.
ANTRAGSGRUPPE C VERKEHRS- UND WOHNUNGSPOLITIK	
Alle Anträge der Antragsgruppe C (C 1 - C 15 und Änderungsantrag Ä 3 zu C 3)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.

Antragsspiegel	Beschluss des Landesparteitages
ANTRAGSGRUPPE D KINDER- UND JUGENDPOLITIK	
Alle Anträge der Antragsgruppe D (C 1 - D 4 und Änderungsantrag Ä 4 zu D 1)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.
ANTRAGSGRUPPE E INNEN- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK/JUSTIZ	
Initiativantrag 8 Gegen Abschiebelager	Annahme.
Alle weiteren Anträge der Antragsgruppe E (E 1 - E 26)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.
ANTRAGSGRUPPE F BILDUNGS- UND SCHULPOLITIK	
Initiativantrag 3 Strukturdiskussion des Bildungssystems	Annahme; Anträge F 1, F 7 und F 8 als Material (damit erledigt Initiativantrag 1o).
Initiativantrag 5 2. Bildungsweg - Abendrealschulen/Abendgymnasien	Annahme.
F 2 Gemeinsam leben und lernen. Integrative Erziehung und Bildung von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen	Annahme; Anträge F 3 - F 6 als Material.
F 9 Ganztagsschule und volle Halbtagsschule für Grundschulkinder	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
F 1o Schule	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
F 11 Gesamtschulen	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
F 12 Lehrermangel	Erledigt durch Beschluss der SPD-Landtagsfraktion NRW .

Antragsspiegel	Beschluss des Landesparteitages
noch ANTRAGSGRUPPE F BILDUNGS- UND SCHULPOLITIK	
F 13 Betreuung von Grundschülern - volle Halbtagsschule	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
F 14 Mädchen in Schule und Freizeit (Einrichtungen)	Annahme.
F 15 Schulpflicht bei Kindern Asylbegehrender	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
Initiativantrag 12 Zweiter Bildungsweg	Ablehnung.
ANTRAGSGRUPPE G SOZIALPOLITIK/GESUNDHEITSWESEN	
Alle Anträge der Antragsgruppe G (G 1 - G 3)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.
ANTRAGSGRUPPE H SATZUNG, ORGANISATIONSFRAGEN, SONSTIGE ANTRÄGE	
H 1 Änderung der Landessatzung § 5, 2	Annahme mit Zwei-Drittel-Mehrheit.
H 3 Änderung der Landessatzung § 3	Ablehnung.
Alle weiteren Anträge der Antragsgruppe H (H 2, H 4 - H 13)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.
ANTRAGSGRUPPE I INITIATIVANTRÄGE (ohne Zuordnung zu anderen Antragsgruppen)	
Initiativantrag 4 Gegen die Lagerung von radioaktiven Abfällen	Annahme.

A n t r a g s s p i e g e l	Beschluss des Landesparteitages
noch ANTRAGSGRUPPE I INITIATIVANTRÄGE (ohne Zuordnung zu anderen Antragsgruppen)	
Initiativantrag 6 Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen	Annahme.
Initiativantrag 11 Bonn und Berlin	Annahme.
ANTRAGSGRUPPE FÖDERALISMUS	
J 1 Die Stellung Nordrhein-Westfalens in einem föderalen Deutschland und in einem Europa der Regionen	Annahme in der Fassung der Antragskommission .
ANTRAGSGRUPPE K KOMMUNALPOLITISCHE ANTRÄGE	
K 1 Mehr Demokratie für die Gemeinden - Führung durch die Politik	Annahme in geänderter Fassung. Pt. 8.: Mehrheit für die Alternative: "Die Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin erfolgt durch den Rat." Pt. 1o.: Annahme 143 Ablehnung 172 Enthaltungen 2. Anträge K 2 - K 43, K 51 - K 56, K 58 und K 59, K 62 und K 63 und Anträge K 69 - K 7o: Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
Ä 2 Änderungsantrag zu K 1	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
Initiativantrag 7 Reform der Gemeindeordnung	Erledigt durch K 1 als Grundlage der Beratung.
Initiativantrag 9 Einberufung einer Kommission zum Antrag K 68	Annahme.

Antragsspiegel	Beschluss des Landesparteitages
noch ANTRAGSGRUPPE K KOMMUNALPOLITISCHE ANTRÄGE	
K 68 Kommunale Dienstleistungen	Annahme.
Alle weiteren Anträge der Antragsgruppe K (Anträge K 44 - K 5o, K 57, K 6o und K 61, K 64 und K 67, K 71 - 77)	Überweisung an den SPD-Landesausschuss NRW.

Wortlaute der beschlossenen Anträge

Initiativantrag 2
Resolution zur Stahlpolitik

Die Stahlindustrie befindet sich weltweit im Umbruch. Die Konzentration schreitet fort. In Europa gibt die Vorbereitung auf den Binnenmarkt zusätzliche Impulse für grössere Unternehmenseinheiten.

Die deutschen Stahlunternehmen haben gegenüber ihren oft grösseren Auslandskonkurrenten eine recht gute Wettbewerbsposition. Es ist Aufgabe der Unternehmen, ihre Produktionsstrukturen auf die künftigen Erfordernisse und Chancen des Marktes auszurichten.

Bei den Plänen der Fried. Krupp GmbH, die Mehrheit der Hoesch AG zu erwerben, handelt es sich allerdings nicht um einen alltäglichen Vorgang im marktwirtschaftlichen Anpassungsprozess. Wenn von zwei Konzernen mit insgesamt mehr als 111.ooo Beschäftigten ein Konzern seine Selbständigkeit verliert, werden die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung zahlreicher Betriebe und Kommunen und ganzer Regionen gestellt. Viele Bürgerinnen und Bürger sind betroffen und tief beunruhigt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beider Konzerne sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Krupp und Hoesch können daher ihre Unternehmenskonzepte nicht allein nach eng definierten betriebswirtschaftlichen Vorteilsüberlegungen gestalten. Sie müssen - auch im eigenen Interesse - ihrer regionalen und sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden.

Wer politische Verantwortung trägt, kann zu diesen Vorgängen nicht schweigen. Der Landesparteitag erwartet, dass die Fried. Krupp GmbH und die Hoesch AG keine weiteren Entscheidungen treffen, bevor partnerschaftlich erarbeitete Konzepte für beide Konzerne vorliegen. Partnerschaft auf gleichberechtigter Basis muss Form und Inhalt der Verhandlungen zwischen den beiden Unternehmen bestimmen.

Ein Kriterium für die Beurteilung der Unternehmenskonzepte ist die Sicherung der Arbeitsplätze und der Standorte beider Unternehmen im ganzen Land. Ebenso wichtig ist, dass die Montanmitbestimmung in einem künftigen Unternehmens-

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Initiativantrag 2
Resolution zur Stahlpolitik

konzept bei Hoesch und in einer eventuell zu gründenden Obergesellschaft gesichert bzw. vereinbart wird.

Der Landesparteitag erwartet, dass die Solidarität der Beschäftigten von Krupp und Hoesch und die Koordination der Arbeitnehmerseite auch durch die IG Metall den berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller betroffenen Standorte Geltung verschaffen werden.

Der Landesparteitag begrüsst und unterstützt die Bereitschaft des Ministerpräsidenten, als Moderator der Gespräche zwischen der Fried. Krupp GmbH und der Hoesch AG zur Verfügung zu stehen.

Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

1. Wir in Nordrhein-Westfalen haben den Strukturwandel bisher gut vorangebracht. Deshalb wollen wir den von der SPD und der Landesregierung von Johannes Rau aus eigener Kraft geschafften Aufschwung fortsetzen und unser Land weiter nach vorn bringen. Aber dennoch haben wir längst nicht alle Probleme gelöst und es kommen neue Herausforderungen dazu. Die Stichworte dafür sind:

   - die drückenden Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit
   - die ungewisse Zukunft des Steinkohlenbergbaus
   - die Herstellung des Europäischen Binnenmarktes
   - die deutsche Einheit
   - der anhaltende Umbruch in Mittel- und Osteuropa.

2. Strukturwandel ist ein dauernder Prozess, der sich in den letzten Jahren laufend beschleunigt hat. Die Hauptgründe liegen in den technologisch bedingten verkürzten Innovationszyklen, den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie in Nachfrageeinbussen in Teilbereichen aufgrund der Sättigung einzelner Märkte.

3. Die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes reagieren darauf mit abrupten Zusammenbrüchen und Firmenschliessungen und verursachen regionale und soziale Benachteiligungen, die nicht hinnehmbar sind. Deshalb brauchen wir eine aktive Strukturpolitik, die sich an ökologischen und sozialen Zielkriterien orientiert.

4. Die Zielvision des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen muss eine Struktur mit Kohle, Stahl und Chemie - und nicht ohne sie - sein. Nordrhein-Westfalen muss sich als Industrie- und Energiezentrum in Europa auf hohem technischen Stand erneuern. Aus den bisherigen Produktionsschwerpunkten müssen sich

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

langsam neue Bereiche entwickeln. Nur so können die hohen, erlernten Fähigkeiten unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genutzt werden zur Förderung des Strukturwandels.

5. Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreichen Strukturwandel ist der soziale Friede. Er ist ein wertvoller Produktionsfaktor. Sozialer Friede ist das Ergebnis von sozialem Fortschritt und Mitbestimmung. Die Gewerkschaften bleiben unser wichtigster Bündnispartner für die soziale und ökologische Gestaltung des Strukturwandels.

6. Ein allmähliches Umsteuern im Produktionsspektrum schliesst radikale Umbrüche grundsätzlich aus. Anpassungen in der Produktionsstruktur werden notwendig sein; aber sie müssen sozialverträglich und vor allem mit ausreichender Zeitspanne versehen sein. Strukturbrüche, wie sie zur Zeit in der Energiepolitik vom Bundeswirtschaftsminister angestrebt werden, zerstören den Produktionsboden, auf dem Neues entstehen soll. Sie sind auf Zerstören, aber nicht auf Weiterentwickeln und Wandel gerichtet.

   Wir brauchen aus strukturpolitischen und aus energiepolitischen Gründen einen lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbau und einen entwicklungsfähigen Braunkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen. Damit sichern wir auch im nächsten Jahrhundert unsere Energie- und Stromversorgung, damit sichern wir aber auch strukturpolitische Anstösse zur Veredelung und Weiterentwicklung bisheriger, vom Bergbau sehr stark geprägter Produktionspaletten. Die Kohle-Kahlschlagpläne des Bundeswirtschaftsministers sind verantwortungslose Gefälligkeitspolitik gegenüber der eigenen parteipolitischen Klientel. Sie gefährden Kraftwerkstandorte und den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen und würden unser Land in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weit zurückwerfen. Dieses Beispiel zeigt, wie notwendig ein ausreichender Anpassungszeitraum ist, wo Strukturveränderungen zu starken Nachfrageeinbrüchen führen.

7. Strukturwandel ist ein gesamtwirtschaftliches Problem, für dessen Gestaltung nicht nur Regionen und Länder Verantwortung tragen. Besonders als Folge sich verändernder weltweiter Rahmenbedingungen bedarf die Steuerung des Strukturwandels der gemeinsamen internationalen Abstimmung. Hier trägt in allererster Linie die Bundesregierung die Verantwortung - auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

   Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für den Strukturwandel auch dadurch nachkommen, dass sie die Finanzkraft der strukturschwachen Kommunen und Regionen in ganz Deutschland stärkt. Dazu muss eine Finanzreform kommen, die die Kommunen in die Lage versetzt, den örtlichen Aufschwung mitzugestalten.

8. Handlungsfelder einer aktiven Struktur- und Industriepolitik

   Aufgabe auch der Landespolitik ist es, für einen industriepolitischen Rahmen zu sorgen, der das sozial- und umweltgerechte Produzieren in Nordrhein-West-

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

falen möglich macht und ein ordnungspolitisches Konzept vorgibt. Über Ziel und Richtung der ökologischen und sozialen Erneuerung in Nordrhein-Westfalen muss Klarheit herrschen.

Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, ihre innere Struktur wie ihre Verflechtungen untereinander müssen so entwickelt werden, dass sie auch gemäss ihrer Grösse auf den Strukturwandel ohne massive Brüche reagieren können. Die Unternehmen tragen hier eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Regionen und das Land, aus der sie nicht entlassen werden können. Dieser Verantwortung müssen sie sich stellen und Vorsorge für zukünftige Entwicklungen treffen.

Die Wirtschaftsstruktur unseres Landes bietet ein breites Spektrum, das weiterentwickelt werden muss. Der industrielle Bestand muss gesichert werden. Kohle, Stahl und Chemie, Automobil- und Elektroindustrie, Metallverarbeitung und Bauwirtschaft sind zum Beispiel Kernbereiche, denen Zukunftsperspektiven z. B. in der Werkstoff- und Entsorgungstechnik usw. eröffnet werden müssen.

Die Landespolitik muss hier Unterstützung für den strukturellen Wandel der Unternehmen anbieten und Projekte stützen, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte des Strukturwandels gleichzeitig berücksichtigen.

In den folgenden Handlungsfeldern aktiver Struktur- und Industriepolitik kann das Land Nordrhein-Westfalen gestaltend eingreifen:

- Ver- und Entsorgung

Jede industrielle Produktion, jede Energieumwandlung beinhaltet auch, dass Reststoffe entstehen, die umweltverträglich entsorgt werden müssen. Vom einzelnen Privathaushalt bis zum Grossunternehmen muss dafür gesorgt werden, dass der Anfall von Reststoffen so gering wie möglich gehalten wird und dass ein Grossteil der Reststoffe der Produktion wieder zugeführt werden kann. Stoffe, die nicht wieder verwertet werden können, müssen vor einer Deponierung aus ökologischen Gründen inertisiert und mineralisiert werden. Das setzt die Anwendung des Standes der Technik voraus; dem entspricht heute die thermische Behandlung. Dem novellierten Landesabfallgesetz ist zuzustimmen. Zudem muss vor allem die technische Linie des Recyclings als Entwicklungschance der Industrie in Nordrhein-Westfalen begriffen und fortgeführt werden. Die Standortfrage für Verbrennungsanlagen ist regional zu lösen.

- Verkehr

Auf die Verkehrsträger kommen wachsende Aufgaben zu, die in einem integrierten Konzept bewältigt werden müssen. Der wachsende Verkehr auf unseren Strassen hat die logistischen wie umweltpolitischen Grenzen erreicht. Die Strasse als grosses rollendes Lager und die wachsende Zahl der PKW, z. B. bei Berufspendlern, führen in den Industriezentren und den Innenstädten zum Kollaps des Strassenverkehrs.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

In der Landesplanung muss deshalb dafür gesorgt werden, dass keine neuen Industriestandorte ausgewiesen werden, die aufgrund mangelnder Anbindung an den Schienenverkehr nur noch neue Belastungen der Strasse erzeugen würden und die auch mit dem öffentlichen Personennahverkehr nicht erreichbar sind. Die Landespolitik muss hier konsequente Entscheidungen für die Schiene als dem zentralen Gütertransportträger treffen. Sie muss sich auch in der Fläche für den Erhalt der Schiene und für die bessere Anbindung der Zentren industrieller Fertigung an die Schiene oder auch Wasserstrasse aktiv einsetzen. Für die Personenbeförderung sind nur noch integrierte Bedienungskonzepte Schiene/Bus zu unterstützen. Über den öffentlichen Personennahverkehr muss damit u.a. sichergestellt werden, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitsstätten in zumutbarer Zeit auch erreichbar sind.

Die Landesplanung muss ferner darauf setzen, keine neuen Industrie- und Wohnstandorte in der Peripherie auszuweisen, um nicht noch mehr Verkehr in der Fläche zu erzeugen. Die Landespolitik ist insgesamt gefordert, ihr Engagement als Trägerin verkehrstechnischer Infrastruktureinrichtungen in Kooperation mit regionalen Verkehrsverbünden zu verstärken.

- Wohnungspolitik

Die Wohnungssituation ist eindeutig negativ. Verknappung des Wohnraums bei steigenden Mieten trifft vor allem die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft. Eine wohnungspolitische Initiative muss auf die Mobilsierung des vorhandenen Wohnungsbestandes und der mobilisierbaren Bauflächen abzielen. Auch hier ist sozial gebundener Mietwohnraum zu schaffen. Zusätzliche Investoren sind z. B. über die Förderung des Werkswohnungsbaus zu finden. Darüber hinaus müssen die Firmen selbst wieder Wohnungsbau aktiv betreiben. Kleine und mittlere Firmen können mit Unterstützung öffentlicher Förderung einen Finanzierungspool bilden. Bei der Fehlbelegerabgabe müssen Verbesserungen im Interesse der Geringverdienenden vorgenommen werden.

- Forschungslandschaft

Die Pflege und der Ausbau des industriellen Bestandes in Nordrhein-Westfalen erfordern eine stärkere Konzentration der Forschungsförderung in diesem Bereich. Neue Werkstoffe, Oberflächenveredelung, Prozess- und Produktinnovationen, Unternehmenslogistik, soziale Gestaltung technologischer Entwicklungen, Umwelttechnologie im Betrieb, Ergonomie, Institute in Kooperation mit Gewerkschaften und Unternehmen, Ausbau der Beratungsinfrastruktur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nur einige Felder, in denen Schwerpunkte der Forschung und der Umsetzung in die Praxis gebildet werden müssen. Forschungsprozesse und ihre Förderung müssen hier nach sozialen und umweltpolitischen Kriterien ausgerichtet werden. Wissenschaft und Forschung als Gemeinschaftseinrichtungen müssen ihrem Auftrag des Dienstes an der Gemeinschaft besser nachkommen, als dies bisher der Fall ist. In der Region müssen sie ihre Bedeutung als Entwicklungsfaktor und ihre Dienste zur Verfügung stellen.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

- Technologiepolitik

Informations- und Kommunikationstechniken wie CAD/CAM, CIM usw. sind Schlagworte aus dem Bereich der neuen Technologien, die das ganze Spektrum ihres Einsatzes skizzieren. Der Einsatz dieser Technologien verändert die Arbeitsstrukturen, die Prozesse in Betrieben und Verwaltungen grundlegend. Höherqualifizierung und Rationalisierung wie auch Dequalifikation sind die Seite dieser Medaille. Eine offensive Technologiepolitik, eine aktive Gestaltung der technologischen Entwicklung muss auf die Sicherung des industriellen Bestandes in Nordrhein-Westfalen, auf die Sicherung und Verbesserung der Arbeitsplätze und ihre soziale Gestaltung orientiert werden.

Die Verfügbarkeit technischer Daten, die Möglichkeit schneller Kommunikation usw. sind notwendige Elemente einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgabe öffentlicher Dienstleistung ist, hier die nötigen Einrichtungen zu schaffen.

- Bildungslandschaft NRW

Die Grundversorgung mit Bildungseinrichtungen ist in Nordrhein-Westfalen sichergestellt. Im Bereich der beruflichen Bildung müssen allerdings neue Ausbildungszweige geschaffen werden, mit denen die Auszubildenden auf die Anforderungen des Strukturwandels besser vorbereitet werden. Auch die technische Ausstattung der Schulen ist hier zu verbessern. Kollegschulversuche müssen flächendeckend durchgeführt werden. Dabei muss dem Aspekt der beruflichen Qualifizierung besondere Beachtung geschenkt werden.

Auf der qualitativen Ebene müssen in der beruflichen Ausbildung verstärkt Aspekte der Umweltschonung, des Recyclings, der Entsorgung, der Ressourcenbeschaffung z. B. im Bereich der Werkstoffe berücksichtigt werden. Im dualen System der beruflichen Erstausbildung ist sicherzustellen, dass die nötigen Qualifikationen für die Bewältigung des Strukturwandels erworben werden. Entsprechend dem öffentlichen Interesse muss die Information über das Ausbildungsangebot verbessert werden. Die Zukunftschancen von Berufen sind in Berufsbildungsberichten ebenso darzustellen wie das qualitative und quantitative Angebot.

9. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten den Strukturwandel

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen sind die Trägerinnen und Träger des industriellen Strukturwandels. Sie sind die Gewinnerinnen und Gewinner, aber auch die Verliererinnen und Verlierer dieses Prozesses. Höhere Qualifikation, Zukunftsberufe, krisensichere Positionen, Zuwachs an Lebensqualität usw. sind die eine Seite. Arbeitslosigkeit, Verlust der materiellen und sozialen Lebensgrundlagen bis hin zur Armut, Verlust der Arbeitsfähigkeit in der Folge von Langzeitarbeitslosigkeit sind die andere Seite dieses Prozesses.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

Deutlich ist: Der industrielle Strukturwandel muss gestaltet werden, damit alle mit ihm eine Zukunft haben. Eine Situation, in der Milliarden an Kosten für erzwungene Untätigkeit getragen werden müssen, während eine Vielzahl von brachliegenden Beschäftigungs- und Qualifizierungsfeldern in Bereichen wie Umweltschutz, Stadterneuerung, Verkehr, Soziales und Kultur unerledigt bleibt, erfordert eine integrierte beschäftigungs-, arbeitsmarkt- und strukturpolitische Initiative in NRW.

- Qualifikation und Qualifizierung

Eine Qualifizierungsoffensive in Nordrhein-Westfalen muss das vorhandene, in den industriellen Strukturen herausgebildete Qualifikationspotential im Blick haben. Von hier müssen mittelfristig ausgerichtete Qualifizierungskonzepte ausgehen. Die Landespolitik muss berücksichtigen, dass sich der überwiegende Teil der Langzeitarbeitslosen in den industriellen Ballungsgebieten konzentriert.

In der Verbindung von aktiver Strukturpolitik für die industriellen Kernbereiche Nordrhein-Westfalens und einer Qualifizierungsoffensive für die aus diesen Sektoren der Wirtschaft kommenden Arbeitslosen müssen sowohl der industrielle Bestand wie eine grosse Zahl qualifizierter Arbeitsplätze gesichert werden. Die Unternehmen sind hier in die Pflicht zu nehmen. Es reicht nicht aus, nur auf die speziellen Anforderungen des Unternehmens hin zu qualifizieren. Bestandteil unternehmensinterner Qualifizierung muss ein breites Spektrum von zu vermittelnden Qualifikationen sein. Diese Qualifizierungen haben dann auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einer Verbesserung ihrer Situation und Qualifikation unabhängig von den Unternehmenszielen im Blick. Im Schnittpunkt von öffentlich verantworteter Weiterbildung, betrieblicher Qualifizierung und unternehmenspolitischer Personalrekrutierung müssen die Interessen der am Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligten Frauen - besonders derer mit einem niedrigeren Ausbildungsstand oder längeren Zeiten ohne Ausübung eines Berufes - in den Mittelpunkt gerückt werden.

- Mitbestimmung ausbauen

Die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften war und ist ein Garant sozialverträglicher Industrieentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Sie gilt es auszubauen und - wo sie in Gefahr gerät - zu festigen. Es muss deutlich werden, dass z. B. die Fluchtversuche aus der Montanmitbestimmung den Unternehmen keine Vorteile bieten. Es muss deutlich werden, dass es zum Ausbau der Mitbestimmung keine Alternative gibt. Im Gegenteil: Neue Felder müssen unter Mitbestimmungsregelungen fallen, müssen der Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Gewerkschaften zugänglich gemacht werden. Auf der regionalen Ebene müssen Mitbestimmungsregelungen bei Entscheidungen über Fördermassnahmen institutionalisiert werden. Die Förderungs- und Strukturpolitik des Landes in den Sektoren der Wirtschaft und für einzelne Branchen soll sich auch am Vorhandensein erweiterter Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen orientieren.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

- Lohnniveau

Dem hohen Stand des in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Qualifiaktionspotentials muss allerdings auch das Lohnniveau entsprechen. Hier muss die Attraktivität des Landes NRW für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten und wenn möglich gesteigert werden. Dies ist auch im Interesse der heimischen Wirtschaft, der eine Stärkung der Binnennachfrage als zustäzlich stabilisierender Faktor der Wirtschaftsentwicklung nur gelegen kommen kann. Gleichzeitig können hier gut ausgebildete Arbeitskräfte für die Region Nordrhein-Westfalen gewonnen werden. Insbesondere Frauen unterliegen einem unterdurchschnittlichen Einkommen. Auf die Stärkung ihrer Position muss besonderer Wert gelegt werden.

- Integrierte Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Strukturpolitik

Erst durch die offensiv betriebene Integration von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie Strukturpolitik durch die konzeptionelle Verbindung können Gelder in diesem Bereich auch strukturwirksam eingesetzt werden.

Auch eine offensive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes wird keine durchgreifenden Verbesserungen erbringen, wenn sie allein als isoliertes, überwiegend sozialpolitisches Instrument verstanden und eingesetzt wird. Erst wenn es gelingt, Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik mit der Strukturpolitik zu einem integrierten Konzept zu verknüpfen, können dauerhafte Struktureffekte auch für den Arbeitsmarkt und auch für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen erzielt werden.

Zukunftsorientierte Qualifikationsvermittlung und Schaffung dauerhafter zusätzlicher Arbeitsplätze - diese Elemente müssen zu harten Kriterien in der öffentlichen Förderungs-, Struktur- und Vergabepolitik werden. Konkret heisst dies, dass Qualifizierungs- und Beschäftigungsansätze für unterschiedliche Zielgruppen auch in der Bestandspflege von Betrieben, in der Neuansiedlung, in der Verbesserung der lokalen Infrastruktur, bei der Einrichtung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften usw. von vornherein zur Bedingung ihrer Unterstützung gemacht werden. Mit anderen Worten heisst dies auch, dass bei öffentlichen Aufträgen ab einer bestimmten Grössenordnung der Einsatz bzw. die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen bei den Betrieben vorzusehen ist.

1o. Regionen stärken - Prioritäten setzen

Die Regionen in Nordrhein-Westfalen stellen sich bezüglich ihres Entwicklungsstandes sehr unterschiedlich dar. Angesichts knapper Kassen muss der Weg der Stärkung regionaler Kräfte, der Regionen, weiter verfolgt werden. Mit diesem Weg ist verbunden, dass die Regionen mehr Entscheidungskompetenz

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag A 3
Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen -
Herausforderungen und Chancen für eine aktive Strukturpolitik

über ihre zukünftige Entwicklung erlangen müssen. Regionale Entwicklungskonzepte bieten hier den Ansatz, über die Kooperation der regional bedeutsamen Akteure zu neuen Initiativen in der Regionalentwicklung zu gelangen. Es muss aber hier gewährleistet werden, dass der Stellenwert der Gewerkschaften erweitert wird. Es muss auch gewährleistet werden, dass eine enge Kooperation mit der Politik in der Region zu einer Absicherung über die lokal und regional zuständigen Entwicklungsgremien führt. Dieser Ansatz muss landespolitisch unterstützt und gefördert werden:

11. Politik und Verwaltungen neu organisieren - vom Kopf bis zu den Füssen

Die aufgezeigten Handlungsfelder, ein integrierender Ansatz aktiver Strukturpolitik erfordern politische Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen, die in der Lage sind, Querschnittsaufgaben auch zu bewältigen. Koordination und Kooperation, ämterübergreifende Lenkung und Planung sind hier Schlagworte, nach denen auf allen Ebenen - von der Landespolitik bis hin zur Kommunalverwaltung - die politische Administration und Verwaltung neu gestaltet werden muss. Auch öffentliche Dienstleistungen im Rahmen aktiver Struktur- und Industriepolitik müssen so gestaltet werden. Dies dient sowohl dem Ziel, die Verwaltungsebenen effizienter zu machen, sie in die Lage zu versetzen, neue Organisationsreformen in der Wirtschaft auch adäquat bewältigen zu können, wie auch dem Ziel, kompetentes Planungs- und Organisationspersonal als Partnerinnen und Partner für die Unternehmen, Gewerkschaften usw. zur Verfügung zu stellen.

Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik müssen konzeptionell miteinander verbunden werden. Die Effizienz der vorhandenen Verwaltungsstrukturen ist im Rahmen der Funktionalreform zu überprüfen.

Auch die Bewältigung von öffentlichen Aufgaben und die Vorhaltung bestimmter Infrastruktureinrichtungen ist durch die Kooperation, z. B. kommunaler Arbeitsgemeinschaften, eher zu gewährleisten. Überkommenes Konkurrenz- und Ressortdenken darf keinen Platz mehr finden.

Initiativantrag 1
Resolution für eine sichere Energieversorgung
mit heimischer Kohle

I. Eine jederzeit sichere, ausreichende und umweltschonende Versorgung mit Energie bildet die Basis für die wirtschaftliche, technische und soziale Weiterentwicklung unseres Landes. Das energiepolitische Ziel der Versorgungssicherheit ist nur zu erreichen, wenn die heimischen Energieträger weiterhin ihren

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Initiativantrag 1
Resolution für eine sichere Energieversorgung
mit heimischer Kohle

Beitrag dazu leisten können. Deshalb brauchen wir einen langfristig lebens- und leistungsfähigen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau. National und europäisch muss die Nutzung der heimischen Vorräte sichergestellt werden.

In unverantwortlicher Weise hat Bundeswirtschaftsminister Möllemann die deutsche Energiebasis aufs Spiel gesetzt und gleichzeitig Zukunftsperspektiven der betroffenen Menschen und Regionen gefährdet. Es war empörend, wie aus parteipolitischer Taktik mit dem Schicksal von Menschen umgegangen wurde. Dabei wurde auch mit dem Vertrauen in den demokratischen Staat und dem sozialen Frieden gespielt.

Dem hat die SPD energischen Widerstand entgegengesetzt. Dem haben die Bergleute und ihre Gewerkschaft, die IGBE, ebenso energischen Widerstand entgegengesetzt wie die betroffenen Regionen der Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland und die betroffenen Städte und Regionen. Dadurch wurden Verhandlungen über ein Kohlegesamtkonzept erzwungen, der von Minister Möllemann geplante Kahlschlag im Bergbau verhindert und eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für die betroffenen Regionen abgewendet.

Die Ergebnisse der Verhandlungen über ein Kohle-Gesamtkonzept vom 11. November 1991 sind dazu geeignet, unseren Steinkohlenbergbau in einer Grössenordnung zu sichern, die ihn auch im nächsten Jahrtausend lebens- und leistungsfähig hält und in die Lage versetzt, seinen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit zu leisten. Diese Ergebnisse müssen deshalb verbindliche Grundlage für die Planungen sowohl des Bergbaus als auch der Elektrizitätswirtschaft mindestens bis zum Jahr 2.005 bleiben. Vor allem die Finanzierungsregelung für die Verstromung heimischer Steinkohle nach 1995 ist deshalb auf der Basis der Ergebnisse vom 11. November 1991 durch die Bundesregierung sicherzustellen.

Der Kohlekompromiss führt aber trotzdem zu einschneidenden Veränderungen und Arbeitsplatzverlusten. Deshalb begrüssen wir es ausdrücklich, dass die Landesregierung NRW sofort ein Programm für die betroffenen Kohleregionen vorgelegt hat. In den nächsten fünf Jahren werden damit ca. 2 Mrd. DM in die betroffenen Kohleregionen fliessen. Diese Mittel dienen dem ökonomischen, ökologischen und sozialen Strukturwandel. Sie sollen neue Arbeitsplätze schaffen und den Menschen und Regionen den Weg in eine gute Zukunft erleichtern.

Von der Bundesregierung, die ja Verursacherin der Arbeitsplatzverluste ist, erwarten und fordern wir ebenfalls einen finanziellen Beitrag für diese Regionen - und zwar mindestens in der gleichen Höhe.

II. Nordrhein-Westfalen ist das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik - sowohl im klassischen als auch im modernen Sinn. Es ist deshalb besonders gefordert, die Energiepolitik nach den ökologischen Erfordernissen auszurichten.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Initiativantrag 1
Resolution für eine sichere Energieversorgung
mit heimischer Kohle

Die NRW-SPD ist sich dieser Verantwortung bewusst. In ihrer Regierungsverantwortung sind die energiepolitischen Zielsetzungen darauf ausgerichtet, die Versorgung mit Energie auf der Grundlage einer umweltfreundlichen Nutzung der heimischen Kohlevorräte zu sichern und zugleich den sparsamen und rationellen - damit gleichzeitig umweltschonenden - Umgang mit Energie zu fördern. Die Ergebnisse der Kohle-Runde 1991 und die Leitentscheidugnen zur heimischen Braunkohle fügen sich in dieses Konzept. Diese Zielsetzungen erweisen sich auch unter den neuen klimapolitischen Rahmenbedingungen grundsätzlich als tragfähig. In Zukunft wird es darauf ankommen, den Gedanken der Ressourcen- und Umweltschonung noch stärker voranzubringen.

III. Angesichts der Erfordernisse des Klimaschutzes ist sich der Landesparteitag bewusst, dass das Erreichen des Ziels der 30%igen CO_2-Reduktion gemäss Enquete-Kommission eine Veränderung der nationalen und internationalen Energie-, Verkehrs-, Bau-, Stadtentwicklungs-, Chemie- und Agrarpolitik und die Veränderung der Produktionsprozesse und der Lebens- und Verhaltensstile bedeutet.

Für den Bereich der Landesenergiepolitik werden Landtagsfraktion und Landesregierung aufgefordert, insbesondere folgende Überlegungen einzubeziehen:

- Verstärkte Nutzung der Energiesparpotentiale im Raumwärme- und Warmwasserbereich (Wäremschutzverordnung, Energiesparprogramme)
- Minderung des verkehrsbedingten Energieverbrauchs
- Verstärkter Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und - in Verbindung damit - der Fernwärme (Fernwärmeausbauprogramm des Bundes)
- Entwicklung umweltfreundlicher Kraftwerke mit höherem Wirkungsgrad (vor allem GuD-Technik)
- Stärkere Nutzung der regenerativen Energien (Wasser, Wind, Sonne) durch Förderprogramme (Weiterentwicklung des REN-Programms)
- Stärkerer Beitrag der EVU zum Energie- und Stromsparen (energiesparende Stromtarife, Energie- und Stromsparprogramme).

Antrag Ä 1
Kohlevorrangpolitik (Garzweiler II)

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Durchsetzung der Kohlevorrangpolitik im Rahmen der Landesplanung in erhöhtem Masse soziale und Umweltaspekte zu beachten, u.a. auch, um die Akzeptanz für ihre Kohlepolitik zu erhalten.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag Ä 1 (Antragsgruppe B)
Kohlevorrangpolitik (Garzweiler II)

Insbesondere gilt dies für die geplante Ausweitung des Braunkohletagebaus im Nordrevier. Der Landesvorstand wird aufgefordert, umfassende Grundsätze für ein langfristiges Energiekonzept aufzustellen und seine Position zu den möglichen Auswirkungen des Tagebaus Garzweiler II sowie den energiepolitischen Alternativen zu beschreiben.

Der Landesparteitag erwartet, dass die Landesregierung auch einen verkleinerten Tagebau Garzweiler II nur genehmigen wird, wenn

- er energiepolitisch notwendig ist,
- die sozialen Belange berücksichtigt werden sowie
- die Erfordernisse des Umweltschutzes beachtet werden und insbesondere das ökologische Potential des Schwalm-Nette-Naturraumes erhalten bleibt.

Der Landesparteitag fordert die Unternehmen auf, vor der endgültigen Genehmigung des Tagebaus ein ökologisches Umrüstprogramm für ihren Kraftwerkspark vorzulegen mit dem Ziel, den Wirkungsgrad der Kraftwerke deutlich zu erhöhen und die Kraft-Wärme-Kopplung stärker einzusetzen. Der Landesparteitag sieht einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen diesem unternehmerischen Konzept und der abschliessenden Entscheidung zum Tagebau Garzweiler II.

Initiativantrag 8 (Antragsgrupp E)
Gegen Abschiebelager

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf keinen Fall spezielle Sammelunterkünfte oder Sammellager für abgelehnte Asylbewerber und Flüchtlinge mit rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren, die aber aus rechtlichen Gründen nicht sofort, sondern erst später abgeschoben werden können, einzurichten. Solche Speziallager sollen weder in der Verantwortung irgendeines Landesministeriums noch in der Verantwortung der Bundesregierung in Nordrhein-Westfalen zugelassen werden.

Im Zusammenhang mit der Abschiebeproblematik muss angesichts der wachsenden Ausländerfeindlichkeit und der schlimmen Gewaltereignisse der letzten Monate nicht nur strengstens darauf geachtet werden, dass für alle Betroffenen rechtsstaatliche Normen peinlich genau eingehalten werden, sondern auch unvermeidliche staatliche Gewalt nur in zurückhaltendster Weise ausgeübt wird. Alle Massnahmen und Verfahren müssen auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit totalitären Regierungen in der jüngeren deutschen Geschichte so gestaltet werden, dass niemand daraus psychologische Rechtfertigung für Gewaltanwendung abzuleiten vermag oder in sonstiger Weise Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gefördert werden.
Speziallager dieser Art sind selbst dann, wenn sie rechtlich zulässig wären, politisch nicht zu verantworten.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

Initiativantrag 3 (Antragsgruppe F)
Strukturdiskussion des Bildungssystems

Die Debatte zur Schulorganisation in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass neben quantitativen Antworten zur Versorgung mit Lehrern auch eine Strukturdiskussion des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen notwendig ist. Der Landesparteitag beauftragt deshalb den Landesvorstand, einen breiten Dialog zur gesamten Schulstruktur zu organisieren und erste Modelle für ein neugeordnetes Schulsystem bis Ende 1992 zu erarbeiten. Eine Beschlussfassung darüber erfolgt auf einem ausserordentlichen Landesparteitag, der spätestens bis Mitte 1993 stattfinden sollte.

Initiativantrag 5 (Antragsgruppe F)
2. Bildungsweg - Abendrealschulen/Abendgymnasien

1. Die SPD steht nach wie vor zum 2. Bildungsweg, d.h. Angebote, die die Erlangung von Schulabschlüssen auf dem 2. Bildungsweg ermöglichen, müssen erhalten und noch ausgebaut werden.

2. Auch die Abendrealschulen sollten als Bildungsgang erhalten bleiben.

3. Sollte aus finanziellen und strukturellen Gründen die Abendrealschule in eigenständiger Form aufgelöst werden, kann das nur geschehen, wenn gleichzeitig ein entsprechendes Angebot an der Volkshochschule sichergestellt wird.

4. Dabei muss gewährleistet sein, dass das Land zusätzliche ausreichende Finanzmittel den Gemeinden für die Volkshochschulen zur Verfügung stellt.

5. Es ist sicherzustellen, dass die Teilnehmer an diesem Bildungsgang an den Volkshochschulen keine finanziellen Beiträge leisten müssen.

Antrag F 2
Gemeinsam lernen und leben. Integrative Erziehung und Bildung von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen.

Integration beinhaltet grundsätzlich die Teilhabe aller Menschen an allen gesellschaftlichen Bereichen, und zwar gemeinsam und nicht ausgesondert von anderen. Ein solches gemeinsames, selbstverständliches Zusammenleben beginnt bereits bei Früherkennungs- und Frühförderungseinrichtungen, setzt sich fort im Vorschulbereich und darf nicht in integrativen Grundschulen enden. Auch hier werden die Voraussetzungen für die gegenseitige Akzeptanz, das gemeinsame Lernen und die Anerkennung der Stärken und Schwächen des anderen geschaffen.

Integration in der Schule stellt eine grundlegende Veränderung unseres Schulsystems mit organisatorischen und inhaltlichen Konsequenzen dar. Das bedeutet ein anderes Menschenbild, eine Vorstellung von Mensch als Gesamtheit und nicht nur reduziert auf den Teil, der in der jeweiligen Bildungsinstitution angesprochen wird.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

Antrag F 14
Mädchen in Schule und Freizeit (Einrichtungen)

Chancengleichheit von Jungen und Mädchen in der Ausbildung und im Freizeitbereich zu erreichen, ist ein wesentliches gesellschaftspolitisches Ziel der Sozialdemokratie. Beim Abbau von Bildungsschranken wurden hier in den vergangenen zwanzig Jahren auch erhebliche Fortschritte erzielt. Die oft unbewusste Weitergabe von Rollenklischees und vermeintlich geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen und Eigenschaften führen jedoch weiterhin zu strukturellen Benachteiligungen von Mädchen in der Schule und im Freizeitbereich, die es abzubauen gilt.

Landesregierung, Kommunen und freie Träger werden deshalb aufgefordert, auf ihren jeweiligenen Ebenen für die Planung und die Umsetzung folgender Massnahmen Sorge zu tragen;

1. Der "heimliche Lehrplan", der vor allem in der Unterrichtspraxis, aber auch in Richtlinien und Unterrichtsmaterialien Mädchen und Jungen geschlechtsspezifische Rollen zuschreibt und verstärkt, muss bewusst gemacht und abgebaut werden. Hierzu gehören eine Überwachung von Richtlinien und Lehrplänen, eine verschärfte Überprüfung von Lehrmitteln und die kritische Aufnahme dieses Themas in die Lehreraus- und -fortbildung.

2. Mädchen müssen gerade in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern besonders gefördert werden. Hierzu gehört auch die vorübergehende Geschlechtertrennung, besonders im Anfangsunterricht.

3. Die anstehende Überarbeitung der Richtlinien für die Sexualerziehung muss die besonderen Bedürfnisse und Probleme heranwachsender Mädchen berücksichtigen und ihnen Chancen eröffnen, selbstbestimmte und verantwortete Sexualität zu leben. Hierzu gehören Informationen über Schwangerschaft und Verhütung, jedoch auch Hilfen zur Gegenwehr gegen alltäglichen Sexismus.

4. Berufsorientierte und berufsvorbereitende Massnahmen in der Schule müssen geschlechtsspezifischen Einseitigkeiten entgegentreten. Hierzu gehören umfangreiche Beratung der Mädchen und ihrer Familien bei der Berufswahl, Informationen über die Arbeitssituation von Mädchen und Frauen bei der Vor- und Nachbereitung von Betriebspraktika, das Gegensteuern bei geschlechtsspezifischer Vergabe von Praktikumsplätzen.

5. Bei der Erziehung von Jungen ist in stärkerem Masse auf soziale Kompetenz zu achten. Deren Berufsperspektiven vernachlässigen bisher überwiegend erziehungswissenschaftliche und soziale Bereiche. Auch dieser traditionellen Rollenfestlegung ist entgegenzuwirken.

6. Im Bereich der Jugendarbeit sind Mädchengruppen, Mädchentreffs, Beratungsdienste für Mädchen, besondere Angebote für Mädchen und entsprechende Räumlichkeiten bereitzustellen und vorzuhalten.

7. Mädchenarbeit im Freizeitbereich ist konzeptionell, personell (zum Beispiel durch den Einsatz von Frauen als pädagogische Fachkräfte) und materiell (durch dauerhafte Bereitstellung von finanziellen Mitteln) abzusichern.

Wortlaute der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag F 14
Mädchen in Schule und Freizeit (Einrichtungen)

8. Ein Kommunikationsnetz zur Mädchenarbeit sollte auf Landesebene eingerichtet werden, um den Erfahrungsaustausch voranzutreiben und neue Anstösse zu geben.

9. Bei der Ausbildung der Fachkräfte an Fachhochschulen und Universitäten sollte geschlechtsspezifische Pädagogik in die Studieninhalte aufgenommen werden. Der Ausbau der entsprechenden Forschung sollte bei gleichzeitiger enger Verzahnung von Theorie und Praxis erfolgen. Ausserdem sollten qualifizierte Fortbildungsangebote zu diesem Themenfeld entwickelt werden.

1o. Bei der Besetzung von Leitungsfunktionen in allen Bereichen der Jugendarbeit und der Schule sollten die Frauen stärker berücksichtigt werden; hierzu gehört auch die Quotierung von Schlüsselpositionen. Gleichzeitig ist es erforderlich, verstärkt Frauen in fachpolitische Gremien zu berufen.

11. Die Vergabe von finanziellen Mitteln im Jugendbereich soll an die Auflage gebunden werden, dass ein fester Mittelansatz für die Mädchenarbeit verwendet wird.

Antrag H 1
Änderung der Landessatzung § 5, 2

§ 5 (2) der Landessatzung erhält folgende Fassung:

(2) Anträge von Organisationsgliederungen sowie Anträge von Landesarbeitsgemeinschaften für den Landesparteitag sind spätestens sechs Wochen vorher beim Landesvorstand einzureichen, der sie spätestens zwei Wochen vor dem Landesparteitag mit einer Stellungnahme der Antragskommission in der gleichen Weise wie die Einberufung bekanntzugeben hat.

Initiativantrag 4
Gegen die Lagerung von radioaktiven Abfällen in Kalkar

Der Landesparteitag will kein Zwischen- oder Endlager für radioaktiven Müll in Kalkar.

Initiativantrag 6
Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen

Unter Berücksichtigung der weltweiten Entspannung wendet sich der SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen nicht nur gegen jegliche Pläne, in Nordrhein-Westfalen neue Atomwaffen zu stationieren, sondern fordert den Abzug aller atomaren Waffen aus Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Initiativantrag 6
Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen

Die Bundesregierung und der Bundestag werden aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dies zu realisieren.

Initiativantrag 11
Bonn und Berlin

1. Das Bundeskabinett hat am 11. Dezember 1991 festgelegt, welche Teile der Bundesregierung nach Berlin verlagert werden und welche in Bonn bleiben. Damit ist ein erster Auftrag erfüllt, der sich aus dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 2o. Juni 1991 ergibt.

2. Das Bundeskabinett ist mit seiner Entscheidung nicht allen Forderungen nachgekommen, die die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie alle politischen Kräfte in der Region Bonn erhoben haben. Gleichwohl kann die nun getroffene Entscheidung als Teilerfolg gewertet werden. Sie kann mit dazu beitragen, die politisch verursachte Umstrukturierungskrise der Region Bonn zu bewältigen.

3. Wer jetzt diese Entscheidung als für Berlin unzureichend darstellt, zeigt, dass er den Bundestagsbeschluss vom 2o. Juni 1991 nicht vollständig erfüllen, sondern alles für Berlin haben will. Damit würde, zum Schaden aller, die Bonn-Berlin-Auseinandersetzung neu entfacht. Daran kann niemandem gelegen sein. Jetzt muss es vielmehr darum gehen, die vom Bundestag beschlossene "faire Arbeitsteilung" zwischen beiden Städten in Ruhe in die Praxis umzusetzen.

4. Mit der Entscheidung vom 11. Dezember 1991 hat die Bundesregierung aber nur einen ersten Schritt getan. Sie bleibt in der Pflicht: Sie muss dafür sorgen, dass die Zusagen, die der Bundestag in seinem Juni-Beschluss gemacht hat, Punkt für Punkt erfüllt werden.

5. Es gilt das Verursacherprinzip! Das heisst, die Mittel, die erforderlich sind, um die Region Bonn nach dem Juni-Beschluss des Bundestages sozial- und regionalverträglich umzustrukturieren, müssen vom Bund kommen.

   Selbstverständlich muss das Land seinen laufenden Verpflichtungen auch gegenüber der Region Bonn nachkommen. Aber es kann nicht sein, dass wegen einer Entscheidung, die ausschliesslich in der Verantwortung des Bundes liegt, die knappen Mittel des Landes zur Krisenbewältigung von anderen Regionen des Landes, wo sie dringend benötigt werden, abgezogen werden.
   Die Menschen und Regionen in Nordrhein-Westfalen, die jetzt z. B. durch die Möllemannsche Kohle-Politik bedroht sind, dürfen nicht zusätzlich darunter leiden, dass der Bundestag beschlossen hat, seinen Sitz und den Kernbereich der Regierungsfunktion nach Berlin zu verlegen.

6. Wir erwarten, dass die Bundesregierung in einem nächsten Schritt sehr bald konkrete Ausgleichsmassnahmen für die Region Bonn beschliesst. Dazu gehört, wie im Juni-Beschluss des Bundestages zugesagt, die Ansiedlung von Institutionen nationaler und internationaler Bedeutung ebenso wie der Umbau der Region

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Initiativantrag 11
Bonn und Berlin

in Richtung auf eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur und die soziale Flankierung des Umzugsprozesses, von dem über 20.000 Menschen unmittelbar betroffen sein werden. Dazu gehört auch die zügige Realisierung schneller Ost-West-Schienenverbindungen unter Einschluss des Ruhrgebietes.

Mit den Bundesmitteln, die zur Verfügung gestellt werden, müssen alle Ausgleichsmassnahmen finanziert werden, auch in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Forschung.

7. Um den betroffenen Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Region Bonn Sicherheit zu geben, sind ein Gesetz und darüber hinaus vertragliche Regelungen unabdingbar.

Antrag J 1
Die Stellung Nordrhein-Westfalens in einem föderalen Deutschland und in einem Europa der Regionen

Die tiefgreifenden Veränderungen in Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus haben die bisher grösste Chance zum Zusammenwachsen aller europäischen Staaten und Nationen geschaffen. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft stehen in allen Ländern vor der Herausforderung, ein neues Europa aufzubauen. Es gibt aber neue Gefahren durch alte nationale und kulturelle Gegensätze. Neo-Nationalismus und Beharren auf Sonderinteressen können zu Separatismus und Bürgerkrieg führen.

Diese Gefahren lassen sich dämpfen und vermeiden, wenn bewusst der Weg hin zu einem "Europa der Regionen" gegangen wird. Darin behalten Nationen, Kulturen, Volks- und Sprachgruppen ihr Recht auf Selbstbestimmung und Wahrung ihrer kulturellen Identität. Minderheiten werden anerkannt und geschützt.

Die SPD in NRW unterstützt die Politik für ein "Europa der Regionen". Wirtschaftliche Entwicklung, freier Handel, Vermeidung ökologischer Katastrophen und sozialer Ausgleich können nicht mehr von Nationalstaaten geregelt werden, diese Aufgaben müssen im europäischen Rahmen bewältigt werden.

Hingegen lassen sich auf regionaler Ebene die Strukturpolitik und Standortbedingungen, gesellschaftliches Leben und Kultur bürgernah gestalten. Deshalb fordert die SPD in NRW eine klare Abgrenzung zwischen den regionalen Aufgaben und den Befugnissen des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft.

Voraussetzung für ein "Europa der Regionen" ist der Aufbau und der Erhalt von Regionen, Autonomen Gemeinschaften und Ländern in den Mitgliedstaaten der EG. Die SPD fordert die Landesregierung auf, auch weiterhin die Verbindung zu anderen Regionen auszubauen und deren Aufbau und Entwicklung zu fördern. Nicht nur hierfür müssen die deutschen Länder handlungsfähig bleiben und ihre Kompetenzen ausbauen.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag J 1
Die Stellung Nordrhein-Westfalens in einem föderalen Deutschland und in einem Europa der Regionen

Kompetenzen der Länder

Um diesem Ziel gerecht zu werden, müssen die Länder zunächst ihre eigenen Aufgaben politisch deutlich wahrnehmen. Zu diesen eigenen Aufgaben der Länder gehört die gesellschaftlich immer wichtigere Bildungspolitik. Dazu gehört das Bemühen um die geeigneten Standortbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehört die Entfaltung kultureller Identität und die Beibehaltung der Medienvielfalt.

Aufgabenverteilung in der Bundesrepublik Deutschland

Um das bewährte föderative System der Bundesrepublik Deutschland auch in einem geeinten Europa zu erhalten, muss eine Stärkung und weitere Ausgestaltung der Länderkompetenzen auf dem Gebiet des öffentlichen Finanzwesens erfolgen. Die Länder müssen ein grösseres Mass an Selbstbestimmung und Finanzautonomie erhalten. Dies bedeutet eine klare Trennung von Kompetenzen, Aufgaben und Einnahmen zwischen Bund und Ländern.

- Die Aufgabenverteilung im Grundgesetz und damit deren Finanzierung muss neu gestaltet werden. Bund und Länder sollten jeweils die Ausgaben tragen, die sie durch ihre politische Entscheidung veranlassen. Erlässt der Bund Bundesgesetze, die Ländern und Gemeinden Ausgaben für bestimmte Zwecke auferlegen, so muss der Bund ihnen diese Ausgaben erstatten.

- Es muss eine sachgerechte Veränderung des Institutes der Gemeinschaftsaufgaben und der Mischfinanzierungen (Art. 91 a, 91 b, 1o4 a Abs. 4 GG) durch klare Aufgabentrennung erfolgen. Die Mischfinanzierungen müssen abgeschafft werden, da sie die Gestaltungsfreiheit und den finanziellen Spielraum der Länder durch deren Eigenbeteiligung erheblich einengen.
  Stattdessen muss der Anteil der Länder am Steueraufkommen in der Höhe vergrössert werden, in der ihnen bisher Finanzmittel über die Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen zufliessen.

- Ein grösseres Mass an finanzwirtschaftlicher Eigenverantwortlichkeit muss den Ländern vor allem im Bereich der Steuereinnahmen zukommen.
  Die Länder müssen im Rahmen des bestehenden Steuersystems über eigene Steuereinnahmen verfügen. Davon profitieren letztlich auch die Gemeinden.

Die Durchsetzung dieser Forderung ist zur Stärkung der Finanzautonomie der Länder und damit der weiteren Ausgestaltung des Föderalismus von grosser Bedeutung und eine der wesentlichen Aufgaben der kommenden Jahre.

Das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Gemeinschaft

Die Verhandlungen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion Europas haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, die kommunale Selbstverwaltung und die föderativen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren. Deshalb haben die deutschen Länder ihre Vorstellungen zur Erweiterung des EWG-Vertrages auch unmittelbar eingebracht.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag J 1
Die Stellung Nordrhein-Westfalens in einem föderalen Deutschland und in einem Europa der Regionen

Die Führungsrolle von Nordrhein-Westfalen hat die Positionen der Länder gestärkt. Die SPD unterstützt die Forderungen der Länder. An erster Stelle muss das Prinzip der staatlichen Subsidiarität stehen, das heisst, dass politische Aufgaben möglichst dezentral und damit bürgernah erfüllt werden sollen.

Aufgaben, die die Kommunen oder die Länder selbständig erfüllen können, dürfen weder auf der Ebene des Bundes und noch weniger auf der Ebene Europas erfüllt werden. Dieses Grundprinzip staatlicher Subsidiarität muss im EWG-Vertrag verankert werden. Um diesem Prinzip in der Wirklichkeit Geltung zu schaffen, müssen die deutschen Länder in der Gemeinschaft mitwirken können. Dazu gehören im wesentlichen vier Forderungen:

1. Die Länder, Regionen und Autonomen Gemeinschaften müssen bei der Gemeinschaft durch einen beratenden Regionalausschuss vertreten sein. Dessen Zusammensetzung unterliegt den Bestimmungen der Mitgliedsstaaten; die Mitglieder sind nach innerstaatlichem Recht durch die zuständigen Parlamente oder parlamentarische Vertretungen der Mitgliedstaaten zu benennen. Der Regionalausschuss wird dem Anspruch auf eine staatliche Ordnung der Politischen Union nur gerecht, wenn er unabhängig und eigenständig ist. Der Ausschuss ist bei allen Fragen der regionalen Entwicklung und der die Länder und Regionen betreffenden Politik von Rat, Kommission und Europäischem Parlament anzuhören.

2. Die Vertretung der Kommunen Europas auf Gemeinschaftsebene wird gestärkt, wenn der bisherige Beirat der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zu einem Beirat wird, dem allein Vertreter von Städten und Gemeinden angehören.

3. Die Länder müssen darüber hinaus beim Europäischen Gerichtshof ein unmittelbares Klagerecht erhalten.

4. Die Mitwirkungsmöglichkeit der Länder im Rat in Angelegenheiten, die ihre wesentlichen Interessen berühren, ist zu gewährleisten. In Angelegenheiten, die innerstaatlich in ihre ausschliessliche Zuständigkeit fallen, ist den Ländern nicht nur ein Redrecht im Rat, sondern auch die Stimmführerschaft einzuräumen.

Die SPD NRW fordert die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, mit allem Nachdruck für diese Forderungen einzutreten und sie gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft einzubringen.

Die SPD in NRW fordert ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament auf, sich für die Prinzipien Föderalismus und Subsidiarität einzusetzen, sowohl im Bereich der Gesetzgebung wie im Bereich der Finanzen.

Die kulturelle Identität der deutschen Länder, der europäischen Regionen und damit Nordrhein-Westfalens wird umso stärker sein, je deutlicher Nordrhein-Westfalen und die übrigen Länder sich im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament für ein "Europa der Regionen" einsetzen und zusammen mit den Regionen und Autonomen Gemeinschaften die Regionalisierung in Europa voranbringen.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag J 1
Die Stellung Nordrhein-Westfalens in einem föderalen Deutschland und in einem Europa der Regionen

Ein "Europa der Regionen" muss zum Ziel haben, dass die Menschen friedlich miteinander umgehen. Die Menschen können ihre Kultur und ihre Gewohnheiten am besten in ihrer Heimat leben und erleben. Zur Verbindung zwischen den Menschen, den Kulturen und den Lebensgewohnheiten in den Regionen bieten kommunale Selbstverwaltung und der Föderalismus alle Möglichkeiten des Miteinanders in Gesellschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft.

Ein solches Europa wird auch am ehesten den Brückenschlag der bisherigen EG-Mitgliedsstaaten nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa schaffen, damit Europa mit seinen Teilen schneller zusammenwächst. Die historischen Strukturen dieser europäischen Länder können in einem vielgestaltig gegliederten föderalen Europa friedlich bewahrt werden.

Antrag K 1
Mehr Demokratie für die Gemeinden - Führung durch die Politik

1. Beschlusslage der Partei

Im Grundsatzprogramm der SPD von 1989 heisst es, die kommunale Selbstverwaltung solle gestärkt und ausgebaut werden. Eine starke kommunale Selbstverwaltung braucht eine moderne Verwaltung unter politischer Führung und Kontrolle. Daneben soll die Bürgerbeteiligung ausgeweitet werden. Im Siegener Wahlprogramm zur Landtagswahl 199o haben wir diese Leitgedanken aufgegriffen. Wir haben uns verpflichtet, in dieser Legislaturperiode Vorschläge zur Neuordnung des kommunalen Verfassungsrechts vorzulegen.

2. Reformziele

Die Reformvorstellungen der SPD gehen von folgenden Zielvorstellungen aus:

- Der Rat ist das wichtigste kommunalpolitische Gremium.
- Die Verwaltung muss politisch geführt werden.
- Entscheidungsstrukturen und -abläufe in der kommunalen Selbstverwaltung müssen transparent und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein.
- Die Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten erhalten, damit ihr Interesse an der Entwicklung der Gemeinde gefördert wird.
- Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden ausbauen und die Gestaltungsrechte der Räte verbessern.
- Frauen müssen stärker an der Gestaltung der Kommunalpolitik beteiligt werden.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag K 1
Mehr Demokratie für die Gemeinden -
Führung durch die Politik

- Die Ehrenamtlichkeit des kommunalen Mandats muss gesichert werden.

- Das Haushaltsrecht muss modernisiert werden.

3. Unsere Forderungen

- Die kommunale Selbstverwaltung ist zu stärken durch Übertragung von mehr Entscheidungsrechten auf die Kommunen.

- Der politische Wille des Rates muss gegenüber der Verwaltung durchgesetzt werden.

- Staatliche Genehmigungsvorbehalte sind abzubauen und mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Verantwortung der Gemeinden sind zu eröffnen, um den Besonderheiten in den einzelnen Gemeinden Rechnung tragen zu können.

- Die Persönlichkeitsrechte im Rahmen des Datenschutzes sind stärker zu sichern, ohne damit die kommunale Entscheidungsbildung mehr als notwendig zu behindern.

- Das Recht der Gemeinden auf wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung in allen kommunalen Aufgabenbereichen ist zu sichern. Die Kommunen müssen die Vielfalt öffentlicher und privatrechtlicher Organisationsformen nutzen können, ohne dabei die politische Verantwortung des Rates in Frage zu stellen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer wie in kommunalen Eigenbetrieben geregelt werden.

- Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ist gesetzlich zu regeln, dass in Gemeinden ab einer bestimmten Grösse hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte mit einem bestimmten Aufgabenkatalog und mit Kompetenzen zu bestellen sind.

- Die Bezirksvertretungen sind zu stärken.

- Die Rolle der Fraktionen in der Kommunalverfassung ist zu beschreiben und es sind ihnen angemessene Handlungsmöglichkeiten zu sichern.

4. Stärkung der repräsentativen Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung

Die geltende Gemeindeordnung gibt schon heute allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeindeentwicklung mitzuwirken. Öffentlichkeit der Rats- und Ausschussitzungen, Einwohnerversammlungen, Anhörungen, Bürgerantrag nach § 6 c GO usw. sind wichtige, jedoch nicht ausreichende Instrumente, um die repräsentative Demokratie durch Bürgerbeteiligung zu begleiten und zu stärken. Das Instrumentarium ist daher entsprechend weiterzuentwickeln.

So ist in gesetzlich festzulegenden Grenzen ein Verfahren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid vorzusehen.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag K 1
Mehr Demokratie für die Gemeinden -
Führung durch die Politik

Solange das Grundgesetz noch kein kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer vorsieht, soll eine landesweite rechtliche Grundlage für die Arbeit der Ausländerbeiräte geschaffen werden. Die Direktwahl zu den Ausländerbeiräten ist vorzusehen.

Für die Struktur der künftigen Kommunalverfassung schlagen wir das folgende Grundmodell vor:

5. Den Rat stärken

Der Rat ist das wichtigste Organ der Kommunalpolitik. Er muss das Gremium sein, in dem über die Grundsatzfragen der Gemeindepolitik gesprochen und, wo nötig, auch gestritten wird, ohne dass die Last des Tagesgeschäftes eine solche intensive Diskussion verhindert.

Zum Katalog der nicht übertragbaren Entscheidungen des Rates gehören in jedem Fall:

- Grundsatzentscheidungen der Gemeindepolitik,
- Haushalt einschliesslich Stellenplan,
- Planungsentscheidungen,
- Berufung und Geschäftsverteilung der Wahlbeamten/-beamtinnen,
- Satzungs- und Verordnungsrecht.

Als weitere Änderungen sind vorzusehen:

- Die Ehrenamtlichkeit muss durch eine bessere Regelung u.a. der Freistellungsmöglichkeiten gesichert werden.
- Die Ratsfraktionen müssen institutionell abgesichert werden. Sie brauchen eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung und einen besseren Informationszugang.
- Die Informations- und Kontrollrechte des Rates müssen weiterentwickelt werden.

6. Wir wollen den Hauptausschuss zum Stadtausschuss entwickeln

Damit der Vorrang der Politik wiederhergestellt und das Kontrollrecht gegenüber der Verwaltung gesichert wird, ist der Hauptausschuss als Stadtausschuss zum politischen Steuerungsinstrument für den Rat zu entwickeln. Stimmberechtigte Mitglieder des Stadtausschusses sind Mitglieder des Rates nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin soll den Vorsitz führen.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag K 1
Mehr Demokratie für die Gemeinden -
Führung durch die Politik

Der Stadtausschuss soll in Angelegenheiten entscheiden, die der Rat nicht unbedingt zu treffen braucht, die wegen ihrer kommunalpolitischen Bedeutung aber auch nicht dem/der Gemeindedirektor/in überlassen bleiben sollen.

Er/sie nimmt für den Rat die Geschäfte der laufenden Verwaltung wahr. Der Stadtausschuss bereitet die Beschlüsse des Rates vor. Er überwacht die Ausführung der Ratsbeschlüsse, soweit sich der Rat dieses Recht nicht besonders vorbehalten hat. Das Rückholrecht des Rates bleibt unberührt. Der Stadtausschuss kann vom Gemeindedirektor/der Gemeindedirektorin Auskünfte in allen Angelegenheiten der Gemeinde und Akteneinsicht verlangen.

7. Die Organisation der kommunalen Spitze

Wir wollen den/die (Ober-)Bürgermeister/in als politische/n Repräsentanten unserer Kommunen stärken. Durch ihn/sie setzen der Rat und der Stadtausschuss, deren Vorsitzende/r er/sie ist, den Gestaltungsanspruch der Politik gegenüber dem Hauptgemeindebeamten/der Hauptgemeindebeamtin als "erstem Beamten/erster Beamtin" der Verwaltung um.

Er/sie kontrolliert die Umsetzung der Rats- und Stadtausschussbeschlüsse durch die Verwaltung.

Seine/ihre Informationsansprüche gegenüber dem Hauptgemeindebeamten/der Hauptgemeindebeamtin sind deshalb auszubauen.

Im Gesetzgebungsverfahren ist zu klären, ob und inwieweit der/die (Ober-) Bürgermeister/in das Recht erhält, der Verwaltung in bestimmten Fragen Weisungen zu erteilen.

Wir treten dafür ein, dass der/die (Ober-)Bürgermeister/in sein/ihr Amt auch in Zukunft ehrenamtlich wahrnehmen kann. Dazu müssen - entsprechend der jeweiligen Grösse der Stadt - klare Regelungen für seine/ihre finanzielle Absicherung getroffen und ihm/ihr die erforderlichen personellen und sächlichen Mittel unmittelbar zur Verfügung gestellt werden.

8. Zur Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin

Die Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin erfolgt durch den Rat.

9. Die Stellung des Hauptgemeindebeamten/der Hauptgemeindebeamtin

Der Hauptgemeindebeamte/die Hauptgemeindebeamtin ist der erste Beamte/die erste Beamtin der Verwaltung. Er/sie hat im Rahmen der durch den Rat und den Stadtausschuss bestimmten Gemeindepolitik für ein effizientes Management zu sorgen.

W o r t l a u t e der beschlossenen Anträge

noch zu Antrag K 1
Mehr Demokratie für die Gemeinden -
Führung durch die Politik

1o. Kreisordnung

Die Kreisordnung ist nach diesen allgemeinen Zielen der Kommunalverfassungsreform zeitgleich weiterzuentwickeln.

11. Umsetzung

Landesregierung und Landtagsfraktion werden aufgefordert, nach diesen Kriterien ein Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung in NRW zu beschliessen.

Initiativantrag 9
Einberufung einer Kommission zu Antrag K 68

Der Landesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich eine Kommission zu berufen, die alle im Antrag K 68 und der These 1o des Innenministers aufgeworfenen Fragen behandelt und daraus abgeleitet Änderungen der Gemeindeordnung entwickelt. Diese sind unabhängig von anderen Reformvorschlägen der Landtagsfraktion zur Einbringung in den Landtag zuzuleiten.

Antrag K 68
Kommunale Dienstleistungen

Die Landesregierung wird aufgefordert, die gesamte derzeitige Palette der kommunalen Aufgabenerfüllung je gesondert für kreisfreie Städte und Kreise im Wege einer Umfrage zu erfassen, und zwar einschliesslcih aller Aktivitäten ausserhalb der sogenannten Kämmereihaushalte (Zweckverbände, sonstige öffentlich-rechtliche Konstruktionen, Eigenbetriebe, Quasi-Eigenbetriebe, Gesellschaften privaten Rechts.) Bei der Auswertung soll zusätzlich der Beantwortung folgender Fragen besondere Beachtung zukommen:

1. Wie steht es zur Zeit um die Steuerungsfähigkeit der "kommunalen Konzerne"?

2. Wie wird die Gestaltungs- und Verantwortungskompetenz der zuständigen, gewählten Selbstverwaltungsorgane beurteilt?

3. Was sind die Ursachen dafür, dass Überlegungen zur Ausgliederung von kommunalen Aufgaben aus den Haushalten vornehmlich in grösseren Städten offenbar forciert werden?

4. Welche Rückwirkungen hat dies auf die kommunale Selbstverwaltung?

noch zu Antrag K 68
Kommunale Dienstleistungen

5. Wie beurteilt die Landesregierung die Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit neue, selbstverwaltungskonforme "Managementtechniken" - z. B.. aus der Privatwirtschaft oder dem benachbarten Ausland ("Tilburger Modell") zum Einsatz kommen sollten?

Der Landesvorstand wird aufgefordert, nach Vorliegen der Antworten zu 1. zur politischen Dimension des Gesamtkomplexes Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Fortschreibung eines "Kommunalen Grundsatzprogramms für Nordrhein-Westfalen" vorzubereiten. Dabei erscheint schon aus heutiger Sicht eine politische Neubewertung foglender Fragen notwendig:

1. Welches sind die Zukunftsperspektiven der kommunalen Selbstverwaltung und wie sind die politischen Prioritäten im Hinblick auf die geeignete Art und Weise der kommunalen Aufgabenerfüllung zu setzen?

2. Falls es zu Empfehlungen zur kommunalen Aufgabenerfüllung auch ausserhalb der Kämmereihaushalte kommen sollte: Welche Konsequenzen wären hieraus für eine weiterhin funktionsfähige kommunale Selbstverwaltung zu ziehen?

3. Wäre es politisch geboten, den Aufgabenausgliederungstendenzen durch eine geeignete Modernisierung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Grundsätze der Gemeindeordnung entgegenzuwirken?

TOP 15.: Wahlen

Vor den nach der Landessatzung vorgeschriebenen Wahlgängen stellten sich die Kandidatinnen und Kandidaten vor.

Johannes R a u dankte unter diesem Tagesordnungspunkt Doris L a n g e n - b r u c h , die nicht wieder für den Landesvorstand kandidierte, für ihr bisheriges Wirken, Reinhold M a r s für die langjährige hauptamtliche Tätigkeit im Bezirk Westliches Westfalen und im Landesbüro, Bodo H o m b a c h , der schon am Vorabend eine Würdigung erfahren hatte, und Antje H u b e r , der er für die einundzwanzig Jahre währende Kärrnerarbeit im Landesvorstand und auf allen anderen Ebenen der Partei unter dem grossen Beifall des Landesparteitages seine besondere Hochachtung und Anerkennung aussprach. Antje H u b e r nahm die Worte des Dankes mit grosser Bewegung entgegen und versicherte, dass sie sich auch künftig in besonderem Masse den politischen Zielen der NRW-SPD verpflichtet fühlen werde.
+) siehe auch Fussnote.

W a h l e n

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

a) der Landesvorsitzende

Johannes	R a u	288 Ja-Stimmen
abgegebene Stimmen:	31o	14 Nein-Stimmen
davon gültig:	3o9	7 Enthaltungen

b) die stellvertretenden Landesvorsitzenden

Christoph	Z ö p e l	26o Ja-Stimmen
abgegebene Stimmen:	3o7	37 Nein-Stimmen
davon gültig:	3o5	8 Enthaltungen
Gabriele	B e h l e r	236 Ja-Stimmen
abgegebene Stimmen:	299	5o Nein-Stimmen
davon gültig:	299	13 Enthaltungen

c) der Schatzmeister

Fritz	Z i e g l e r	227 Ja-Stimmen
abgegebene Stimmen:	286	35 Nein-Stimmen
davon gültig:	286	24 Enthaltungen

d) die Beisitzer/innen im Landesvorstand

abgegebene Stimmen:	3o3	
davon gültig:	3o3	
Franz-Josef	A n t w e r p e s	215 Ja-Stimmen
Friedhelm Julius	B e u c h e r	21o Ja-Stimmen
Jürgen	B ü s s o w	186 Ja-Stimmen
Friedhelm	F a r t h m a n n	195 Ja-Stimmen
Hans	F r e y	157 Ja-Stimmen
Gisela	G e b a u e r - N e h r i n g	182 Ja-Stimmen
Reinhard	G r ä t z	151 Ja-Stimmen
Barbara	H e n d r i c k s	219 Ja-Stimmen
Bernhard	K a s p e r e k	163 Ja-Stimmen
Ralf	K r ä m e r	21o Ja-Stimmen
Hannelore	L u d w i g	181 Ja-Stimmen
Ilse	R i d d e r - M e l c h e r s	191 Ja-Stimmen
Angelica	S c h w a l l - D ü r e n	19o Ja-Stimmen
Sabine	Z e c h	161 Ja-Stimmen
Gerti	Z u p f e r	153 Ja-Stimmen.

Wolfgang H a h n - C r e m e r unterlag mit 135 Ja-Stimmen.

W a h l e n

e) die Mitglieder der Landeskontrollkommission

abgegebene Stimmen:	226	
davon gültig:	2o7	
davon ungültig:	19	
Ferdi	F r a n k e	181 Ja-Stimmen
Volkmar	K r e t k o w s k i	182 Ja-Stimmen
Willfried	M i t t e l b e r g	18o Ja-Stimmen
Herbert	N i l g e s	168 Ja-Stimmen
Rainer	V e r h o e v e n	178 Ja-Stimmen

f) eines Mitglieds für den Parteirat

Antje	H u b e r	222 Ja-Stimmen
		5 Nein-Stimmen
abgegebene Stimmen:	232	5 Enthaltungen.
davon gültig:	232	

Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

Rede des Parteivorsitzenden

Die Rede des Parteivorsitzenden Björn E n g h o l m am Sonntagvormittag fand lebhaften Beifall.
+) siehe auch Fussnote.
Das Präsidium dankte für die ermutigenden Worte für die Fortsetzung der Arbeit in NRW und wünschte für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April 1992 besten Erfolg.

TOP 16 : Schlusswort

In seinem Schlusswort dankte Johannes R a u allen am Gelingen des Landesparteitages Beteiligten für ihr Engagement.

Er dankte nochmals Doris L a n g e n b r u c h für die bisherige Arbeit im Landesvorstand, bedauerte, dass die hervorragende Arbeit von Wolfgang H a h n - C r e m e r in den vergangenen Jahren und als Vorsitzender der Antragskommission des Landesparteitages sich nicht in der Wiederwahl niedergeschlagen habe und versicherte ihm, dass er auch weiter gebraucht werde. Er dankte auch dem ausgeschiedenen Mitglied der Landeskontrollkommission Erwin S t a h l für die Arbeit in der voraufgegangenen Amtsperiode.

Schlusswort

In einem abschliessenden Appell betonte Johannes Rau die Notwendigkeit, die im Zuge der Umsetzung des Beschlusses zur Reform der Kommunalverfassung zu führenden Gespräche sachlich fortzusetzen und das Abstimmungsergebnis nicht als den Sieg oder die Niederlage des einen oder anderen zu bewerten. Er schloss mit guten Wünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel.

+) Fussnote

Alle mit einer Fussnote gekennzeichneten Reden und Berichte können in Einzelexemplaren beim Landesverband abgerufen werden.

Beginn: Samstag, 14. Dezember 1991, 11.oo Uhr
Ende: Sonntag, 15. Dezember 1991, 16.oo Uhr

Protokollführung: Erika Oppel

beglaubigt durch die Präsidiumsmitglieder
Anke Brunn und Angelica Schwall-Düren

IMPRESSUM:
SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstr. 3, 4ooo Düsseldorf 1
Januar 1992

11. ordentlicher Parteitag
14. und 15. Dezember 1991.
Hagen, Stadthalle.

R E D E

des

Landesvorsitzenden

J o h a n n e s R a u

Liebe Freunde,

wenn man auf einen Landesparteitag geht und wenn man einen Bericht zu geben hat, dann geht einem vieles durch den Sinn, was man erzählen möchte, von dem, was man geleistet hat, man wird auch von dem reden müssen, was man noch nicht geschafft oder gar von dem, was man verfehlt hat. Wenn ich zurückdenke an unseren letzten Bundesparteitag am 18.Nov. 1989 in Köln als Stefan Hilsberg für die SDP uns ein Grußwort sagte. Und wenn ich mir dann die Welt heute ansehe, da wir soeben das Grußwort des brandenburgischen Landesvorsitzenden gehört haben, dann frage ich mich - 757 Tage, 108 Wochen sind das, 25 Monate - hat es je in der Zeit, die ich überblicken kann, eine Phase gegeben, in der die Welt sich so grundlegend verändert hat wie in diesen zwei Jahren. Damals in Köln hatten wir vor Augen noch die Bilder ostdeutscher Flüchtlinge in der Botschaft in Prag und in Budapest. Heute lesen wir die Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung "Letzter DDR-Botschaftsflüchtling in Moskau". Was ist das für eine Spanne! Wenn wir uns das ansehen, wie es aussieht in Cottbus, in Frankfurt a.d.O., hier in Duisburg, in Minden oder in Wuppertal: Wir leben und arbeiten im gleichen Land wie damals, aber wir leben in einer anderen Welt.

Was jahrzehntelang unumstößlich zu sein schien, ist auf dem Müll der Geschichte gelandet. Was jahrzehntelang eine unerreichbare Utopie zu sein dünkte, ist Wirklichkeit geworden. Wir haben seit 1989 vielleicht die beglückendsten Jahre der europäischen Geschichte in diesem Jahrhundert erlebt, und wir wissen doch, die kommenden Jahre werden mit Sicherheit zu den schwierigsten gehören. Das Tempo der Veränderungen ist atemberaubend. Es hat die kühnsten Zukunftsentwürfe überholt. Aber neben Freude und Hoffnung, die gewachsen sind, wuchern auch Unsicherheit und Sorgen. Unsere Verantwortung ist gewachsen, aber viele wissen noch nicht, wie wir ihr gerecht werden sollen.

Wir spüren jeden Tag deutlicher: Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wird uns mehr abverlangen als der Kalte Krieg uns abverlangt hat. Aber wir machen uns noch zu wenig klar,was das praktisch bedeutet.

Jeden Tag kann man es jetzt schon erleben. Das Ende des Ost-West-Konfliktes, des ideologischen Konfliktes, der Konfrontation, das Ende des Kommunismus ist nicht das Ende der Konflikte in Europa. Da brechen eruptiv alte Probleme wieder auf, die waren Jahrzehnte lang unterdrückt oder geleugnet worden, ob in der bisherigen Sowjetunion, in Jugoslawien oder Rumänien. Überall lauert die Gefahr, daß der Nationalismus das Vakuum füllt, das die Kommunisten hinterlassen haben. Wer sich die Landkarte in Europa ansieht, der stellt fest, es gibt kein Land ohne ethnische oder nationale Minderheiten. Manchmal kann man den Eindruck bekommen, daß wir im Westen und im Osten nicht in der gleichen Zeit leben. Wir sind in West-Europa auf dem wahrlich mühsamen Weg, den Nationalstaat zu überwinden, zur politischen Union zu finden. Aber in der Mitte, im Osten und im Südosten Europas erleben wir, daß Vielvölkerstaaten zusammenbrechen. Wir erleben den Rückfall in Nationalismus, Separatismus und Chauvinismus in seinen schlimmsten Formen. Das bringt unendliches Leid über viele einzelne. Da werden Wunden geschlagen, die werden erst in Jahrzehnten verheilen und werden lange Zeit Narben hinterlassen.

Wie es weitergeht in der früheren Sowjetunion und im Osten und im Südosten Europas, das hängt wesentlich davon ab, wie sich der Westen verhält. Der Krieg in Jugoslawien hat bis jetzt 6.000 Menschen gekostet, 50.000 Verletzte, 600.000 Flüchtlinge. Wer sich ansieht, wie die Europäische Gemeinschaft darauf reagiert und welche Handlungsmöglichkeiten sie hat: Jugoslawien ist kein Ruhmesblatt für europäische Außenpolitik.

Wir werden viel Geld investieren müssen, aber es geht um mehr als um Geld. Unsere Erfahrung aus den neuen Ländern - und Steffen Reiche hat eben aus Brandenburg erzählt - ist doch: Wir brauchen Strukturen in der öffentlichen Verwaltung, im privaten Management, im Verkehrsbereich, in der Telekommunikation, im Bildungswesen. Nur dann sind sinnvolle Investitionen möglich.

Das heißt technisch-wissenschaftlicher Austausch, Ausbildung, Umschulung, Wissenstransfer, Logistik. Die sind mindestens so wichtig wie neue Kredite. Wer sich die regionale Verteilung der Rohstoffvorkommen auf der Welt ansieht, der weiß, die bisherige Sowjetunion ist kein armer Teil dieser Erde. Ganz im Gegenteil, fast könnte man sagen, das ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft seinen Beitrag dazu leisten, daß sich diese Möglichkeiten entfalten können. Wir sind seit langem nicht nur in der Sowjetunion, sondern in anderen Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas engagiert: In Bulgarien, in Polen, in Rumänien, in der CSFR und in Ungarn. Ich will ein paar Beispiele nennen:

Wir geben Zuschüsse für Hilfsgütertransporte und jeden Tag kommen neue Anfragen. Bisher haben wir 130 Initiativen in Nordrhein-Westfalen mit Tausenden von Helfern unterstützt.

Wir leisten medizinische Hilfe, Hilfe in humanitären Einzelfragen. Wir machen Managementschulung für Unternehmensvertreter. Wir helfen beim Aufbau leistungsfähiger Verwaltungen. Wir geben unsere Erkenntnisse weiter beim Aufbau von Krankenversicherungssystemen und von Umweltämtern. Wir leisten praktische Hilfen für Kinderheime in Rumänien. Wir haben Zusammenarbeit im Schulbereich, beim Kulturaustausch, beim Aufbau einer demokratischer Polizei. Wir wissen, die neuen Demokratien stehen vor Aufgaben, die sie nur mit massiver Unterstützung der westlichen Industrieländer bewältigen können. Nur wenn den Menschen deutlich wird, daß wir uns praktisch um sie kümmern und daß sich ihre wirtschaftliche und soziale Lage dauerhaft verbessert, nur dann ist der Prozeß der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Gesundung wirklich sicher und nur dann wird er unumkehrbar. Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Verantwortung. Unsere Anstrengungen gehen weit über das hinaus, was andere Länder tun. Aber das, was dringend nötig ist kann kein Land allein leisten. Was wir aber tun können, was wir getan haben und was wir weiter tun wollen, das ist Anstöße zu geben und beispielhaft zu zeigen, wo sinnvolle Hilfe ansetzen muß.

Freilich, internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit im eigenen Land: Das sind zwei Seiten einer Medaille. Wir können nur dann erfolgreich anderen helfen, wenn wir bei uns zuhause weiter glaubwürdig für eine solidarische Gesellschaft arbeiten. Vor wenigen Tagen, es ist daran erinnert worden, haben wir 25 Jahre sozialdemokratisch geführte Landesregierung gefeiert. Ich will daran erinnern, damals 1966 im Juli haben wir nicht nur die Basis geschaffen für diese 25 Jahre, sondern, da greife ich Dieter Mahlbergs Grußwort auf, wir haben in der damaligen Zeit ein Stoppschild für die NPD gesetzt in Nordrhein-Westfalen, die war schon in neun Landtagen. Wir haben sie hier gestoppt, wir haben uns erwiesen als diejenigen, die wegen ihrer mündigen Bürgerschaft nicht anfällig sind für nationalistische Parolen.

Wie war die Situation damals im Bund und im Land? Da hatten wir in der Bundespolitik die erste Zäsur - politisch und ökonomisch - der Nachkriegszeit. Die Konservativen in Bonn waren mit ihrem Latein am Ende. Die Sozialdemokraten brachten frischen Wind in die deutsche Politik. Wir sind den Weg praktischer Reformen gegangen, wir haben den Weg in die damals von Ludwig Erhard angekündigte formierte Gesellschaft verhindert.

In Nordrhein-Westfalen war eine tiefe Krise im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie. Die konservativ-liberale Koalition war nicht mehr handlungsfähig. Heinz Kühn, den wir von hier aus herzlich grüßen und dem wir für seine Lebensleistung danken, Heinz Kühn und mit ihm die Sozialdemokraten waren damals mit 49,5 % die bestimmende politische Kraft im Land geworden. Die Regierungsübernahme am 8. Dezember war die logische Konsequenz dieser Entwicklung.

Damals, 1966, hat sich gezeigt: Die SPD ist keine Schönwetterpartei. Wir Sozialdemokraten sind gerade dann gefragt und gefordert, wenn die Zeiten wirtschaftlich und politisch besonders schwierig sind. Wir sind dann gefordert, wenn die Politik des "weiter so" am Ende ist. Wir sind gefordert, wenn es um eine

Politik praktischer Reformen geht, im Interesse der Mehrheit der Menschen. Wir haben in diesen 25 Jahren bewiesen: Es ist möglich, den wirtschaftlichen Strukturwandel, auch schwere Strukturkrisen, politisch so zu gestalten, daß daraus im Laufe der Zeit, in harter geduldiger Arbeit, eine moderne Industrie- und Dienstleistungsstruktur entsteht. Wir haben Liberalität bewahrt, auch in schwierigen Zeiten. Wir haben niemanden in unserer Gesellschaft ausgegrenzt oder beiseite geschoben. Wir haben in der Umweltpolitik und in der Energiepolitik nicht nur gute Programme formuliert, sondern wir haben gehandelt, für alle sichtbar. Wir haben ein solides Fundament geschaffen. Dabei hat sich unser Land in diesen 25 Jahren in einem Maße verändert, das wir uns bei diesem Landesparteitag noch einmal vergegenwärtigen müssen.

1966 waren die beschäftigungsstärksten Branchen in Nordrhein-Westfalen der Bergbau auf Platz 1, der Maschinenbau auf Platz 2, die eisenschaffende Industrie folgte darauf. 1990 steht der Maschinenbau auf Platz 1, die elektrotechnische Industrie auf Platz 2 und die chemische auf Platz 3, was die Beschäftigung angeht. Beim Umsatz ist die chemische Industrie auf Platz 1, der Maschinenbau auf 2 und Nahrung- und Genußmittelhersteller auf Platz 3. Ich denke diese Zahlen, liebe Freunde, sind der Ausdruck des gewaltigen Strukturwandels in diesen 25 Jahren, den die Menschen mitgetragen haben, auch wenn das oft nur schwer zu ertragen war.

Damals arbeiteten 39.6% aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor, dagegen waren es im vergangenen Jahr 55.3%.

In keinem Bereich haben wir in den vergangenen 25 Jahren soviel investiert wie in Bildung und Wissenschaft. Die Zahl der Schüler an weiterführenden Schulen ist um rd. 75% gestiegen. Damals gab es 8% der Schulabgänger, die das Abitur erreichten, jetzt sind es fast 30%. Mitte der 60er Jahre, als Heinz Kühn Ministerpräsident wurde, gab es im Ruhrgebiet 2.000 Studenten, die wohnten alle Rheinlanddamm 200 in Dortmund und studierten alle Pädagogik. Heute gibt es 13 Hochschulen und rd. 150.000 Studenten allein im Ruhrgebiet. Die Zahl der Studenten der Ingenieurwissenschaften, da wo es um Zukunftsgestaltung geht, hat sich vervierzehnfacht.

Damals gab es 256.000 Kindergartenplätze, heute sind es 440.000. Und 1995 wollen wir, daß 90% aller Kinder einen Platz finden können.

Die ökologische Erneuerung ist auf einem guten Weg. Die Schwefeldioxidbelastung im Rhein-Ruhrgebiet liegt heute bei 13% dessen, was es damals gab, ein Rückgang von fast 7/8. Der Rhein verläßt Nordrhein-Westfalen im Norden sauberer als er im Süden in das Land hineinfließt. Nordrhein-Westfalen ist das Sport- und Kulturland Deutschlands. Das zeigt nicht nur der Blick auf die Tabellenspitze der Bundesliga. Die Zahl der Sportanlagen hat sich in den letzten 25 Jahren nahezu verdoppelt. Von 20.000 auf 37.000. Wir haben eine Museumslandschaft von europäischem Rang; heute dreimal so viel Museen wie damals. Die Zahl der öffentlichen Theater hat sich verdoppelt, das sind nur einige Beispiele. Das hat natürlich nicht nur mit sozialdemokratischer Regierungskunst zu tun, aber von alleine oder gar gegen uns ist das nicht entstanden in den vergangenen 25 Jahren.

Und wie der Oberbürgermeister von Hagen und wie Wilfried Kramps denke ich natürlich auch 35 Jahre zurück, als der Hagener Fritz Steinhoff der erste sozialdemokratische Ministerpräsident wurde. Er hat in nicht mehr als zwei Jahren neue Akzente in Schule und Bildung und Forschung und Wohnungsbau gelegt.

Laßt mich einen Sprung machen: Vor gut einem Jahr wurde staatsrechtlich die deutsche Einheit vollendet. Aber Monat für Monat wird deutlich, die Vollendung der staatlichen Einheit, die war nur der Beginn, der Beginn eines langen Weges. Die wirtschaftliche, die soziale, die ökologische Einheit Deutschlands ist längst nicht geschaffen und es wird auch ständig, jeden Tag deutlicher: Fast alle

Prognosen und Voraussagen bis ins Frühjahr dieses Jahres waren zu optimistisch und waren Makulatur, sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Aufgabe ist größer, sie wird mehr Kraft in Anspruch nehmen, als auch heute noch viele glauben. Das allein ist schon eine Aufgabe, die einen Großteil unserer Möglichkeiten beansprucht, und wir können es uns ja gar nicht leisten, deutsche Nabelschau zu betreiben. Wir wissen ja, viele unserer europäischen Nachbarn, von den Menschen in anderen Teilen der Welt ganz zu schweigen, beneiden uns und beneiden die Menschen in den neuen Ländern der Bundesrepublik um ihre Situation.

Ich habe davon gesprochen, daß der Aufbau einer neuen Gesellschaft im östlichen Teil Europas nur mit massiver westlicher Hilfe gelingen kann. Das ist übrigens auch in unserem eigenen Interesse. Denkt nur an die wachsende Zahl von Menschen, die zu uns kommen auf der Flucht vor Hunger, vor Arbeitslosigkeit, vor Bürgerkrieg und vor Gewalt. Im neuesten Bericht des Club of Rome steht: "Schon heute sind 1,3 Milliarden Menschen, also über 20 % der Weltbevölkerung ernstlich krank oder unterernährt". Da liegen doch die Ursachen für die weltweiten Fluchtbewegungen. Europa und die Bundesrepublik Deutschland sind davon bisher im Weltmaßstab gesehen weniger betroffen als andere.

Wer unkontrollierte Zuwanderung verhindern will, der muß die Ursachen bekämpfen, der muß Hunger bekämpfen, Armut, Bürgerkrieg und Gewalt. Nur so kann man das Problem lösen.

Es stimmt, wir brauchen Änderungen im Asylverfahrensrecht. Wir brauchen schnellere Entscheidungen, auch im Interesse der betroffenen Menschen. Aber wer den Eindruck erweckt oder auch nur entstehen läßt ein Gesetzesvorbehalt zu Art. 16 Grundgesetz, löse das Flüchtlingsproblem, der täuscht sich selber noch mehr als andere.

Auch im kommenden Landeshaushalt steht viel, viel Geld für Asylbewerber, für Defacto-Flüchtlinge. Einige glauben, sie könnten den Haushalt an dieser Stelle sanieren. Das ist aus vielen Gründen ein Irrtum. Diese Zahlen sind nämlich Ausdruck einer fehlenden Flüchtlingspolitik, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch auf europäischer Ebene. Wir zahlen im Landeshaushalt für diese Versäumnisse. Ich wünsche mir eine Politik, die kurz und mittelfristig nicht billiger ist, aber humaner ist, weil sie das Geld im Interesse der Betroffenen richtiger und sinnvoller einsetzt. Wir brauchen Informationen und Aufklärung, wir müssen werben um Verständnis und um die Bereitschaft zum Teilen in Weltmaßstab.

Wir müssen übrigens auch neue Möglichkeiten schaffen für persönliches Engagement. Wir fördern in Nordrhein Westfalen mit dem "Konkreten Friedensdienst" seit einigen Jahren junge Leute, die etwas für die 3. Welt tun wollen. Auch angesichts der kommenden Entwicklung, was den Wehrdienst angeht, was die Reduzierung der Streitkräfte angeht, ich weiß, es gibt den Ruf nach einem Berufsheer. Sozialdemokraten haben in ihrer langen Geschichte sich immer für die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen, weil sie keinen Staat im Staate wollten. Aber ich frage angesichts der kommenden Entwicklung: Lohnt es nicht darüber nachzudenken, ob wir nicht ein deutsches oder besser noch ein europäisches Friedenscorps brauchen, als Alternative zum Wehrdienst und zum Zivieldienst, wie ihn heute viele kennen. In den Kinderheimen in Westrumänien, für die wir die Hilfe organisieren, sind Woche für Woche hunderte von Helferinnen und Helfer aus Nordrhein Westfalen.

Das zeigt doch: Die Bereitschaft mitzutun ist groß. Wir müssen jungen Leuten zusätzliche Möglichkeiten schaffen, mit anzupacken. Wir brauchen doch diese Hilfe weltweit.

Jede Mark, die ausgegeben wird, und Flüchtlingen aus Osteuropa oder aus Ländern der 3. Welt bei uns den Lebensunterhalt zu sichern, kann ein Vielfaches an Wirkung erzielen, wenn sie in der Heimat dieser Menschen investiert werden. Darum machen wir das Integrationsprogramm für die Roma in Mazedonien. Wir kümmern uns übrigens nicht nur um die, die zu uns gekommen sind, sondern um alle Roma,

die schon seit Jahrhunderten in Skopje leben. Wir möchten an einem beispielhaften Projekt den Kreislauf von illegaler Einwanderung und Abschiebung unterbrechen.

Einige haben das kritisiert, manche haben das verleumdet, da war von Deportation die Rede, jetzt wächst die Zustimmung und wir hören sogar neue Töne von der CDU und von den Grünen. Es wird immer deutlicher: Es gibt keine humane Alternative zu diesem Konzept, weder praktisch noch rechtlich.

Wir suchen die Partnerschaft mit dem vom Bürgerkrieg hoffentlich auch in Zukunft verschonten Macedonien und wären froh, wenn viele in unserem Land uns dabei unterstützten. Es hängt vom Erfolg dieses Projektes ab, ob die heute dort lebenden 40.000 Roma eine Perspektive sehen da zu bleiben, oder ob die sich auch auf den Weg machen. Aber jedem ist klar, diese Politik kann Nordrhein-Westfalen nicht allein packen. Hier ist neben der Bundesregierung die Europäische Gemeinschaft gefragt. Ich erinnere Euch noch einmal an die Fernsehbilder aus dem Hafen von Bari. Wer vermeiden will, daß die Szenen im Hafen von Bari zum europäischen Alltag werden, der muß dafür sorgen, daß die europäischen Regierungen sich darauf verständigen, Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht Flüchtlinge.

Wir haben mit dem Haushalt die Konsequenzen gezogen aus den völlig veränderten Rahmenbedingungen und aus der finanzpolitischen Schieflage zwischen dem Bund auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite. Aber ich muß dem Landesparteitag zusätzliche finanzpolitische Risiken auflisten: Den Fonds deutsche Einheit und seine Verstetigung, die Treuhandanstalt, die Hermesbürgschaften, die Reichsbahn, die Entschädigung für die Enteignung in der DDR, die Altlasten in Ostdeutschland, soziale Flankierung der Reform des § 218, den Umzug nach Berlin. Wir wissen, all diese Risiken werden sich über kurz oder lang auch in den Haushalten der Länder und Gemeinden auswirken. Das macht uns nicht frei von der Pflicht unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu erfüllen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß unsere Finanzpolitik solide bleibt.

Es geht ja um politische Gestaltung auch dann, wenn die finanziellen Spielräume enger bleiben. Politik darf sich nicht auf jährliche Zuwächse der Haushaltsansätze reduzieren. Politikfähigkeit beweist sich an der Kraft auf Veränderungen zu reagieren, umzusteuern, Zeichen zu setzen.

Politikfähigkeit ist aber auch Kontinuität und Glaubwürdigkeit. Jetzt bestätigt sich ganz handfest, daß es richtig war, in der Regierungserklärung am 15. August vergangenen Jahres nur einige wenige Schwerpunkte zu nennen. Ich bin froh, daß ich heute nichts zurückzunehmen brauche, was ich in der Regierungserklärung am 15. August gesagt habe. Das gilt für alle inhaltlichen Punkte.

Wir haben uns drei große Aufgaben vorgenommen, und die sind die Schwerpunkte des nächsten Haushaltes: Neue Plätze in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, neue, vom Land geförderte, Wohnungen und deutlich mehr Mittel für die Politik für alte Menschen.

Wir können heute schon sagen, in diesen Bereichen tun wir nicht nur das, was wir angekündigt haben. Wir tun mehr. Angekündigt in der Regierungserklärung: 100.000 Kindergartenplätze, jetzt haben wir beschlossen die finanziellen Rahmenbedingungen für 125.000. Angekündigt: 27.000 geförderte Wohnungen im Jahr, 1991 sind es schon weit über 30.000.

Ausbau der ambulanten Altenpflege und der Kurzzeitpflege: 2.700 neue Pflegeplätze. Die Mittel zur Umsetzung des 2. Altenhilfeplans steigen um fast 50% gegenüber dem Vorjahr, nachdem sie vorher um 30% gestiegen waren.

Aber wer Schwerpunkte setzt, muß bei anderen Aufgaben zurückstecken, und jeder von uns hat die Erfahrung gemacht: Wer nur für Prioritäten plädiert, kommt sehr schnell auf eine gute Sozialpolitik von 150%, die er ausgibt. Wir sind diesen Weg, die Landesregierung und die Landtagsfraktion, nicht

gegangen. Wir hätten gerne in manchen Bereichen mehr getan. Das ging nicht, weil dann eine noch höhere Neuverschuldung entstanden wäre, und die halten wir nicht für verantwortbar. Aber eine Landesregierung, die das muß und will, kann für sich in Anspruch nehmen: Wir halten, was wir versprochen haben. Das kann wahrlich nicht jede Regierung von sich sagen. Wir sagen den Bürgern unseres Landes deshalb ganz offen, zusätzliche Ansprüche an den Landeshaushalt sind im Moment, und auf mittlere Sicht, nicht zu finanzieren.

Aber ich wiederhole: Reformpolitik, Politik praktischer Reformen in einer Zeit neuer Herausforderungen, das ist mehr als Geldausgeben. Wir sind in vielen wichtigen Bereichen inzwischen die Impulsgeber für eine zukunftsgerichtete Politik, weit über Nordrhein-Westfalen hinaus. Wir haben in wichtigen Fragen eine Führungsrolle übernommen. Es war die SPD in Nordrhein-Westfalen, die auf dem Bundesparteitag in Bremen für den Beschluß gesorgt hat, der deutlich macht: Sozialdemokraten wollen ein föderales Europa, ein Europa mit starken Regionen und nicht ein Europa der Konzerne und der Bürokratien.
Wir helfen Brandenburg. Kein Land tut in den neuen Ländern mehr als wir. Da haben wir Vorbild- und Vorreiterfunktion.

Ich nenne noch einmal die Flüchtlingspolitik, die Bund-Länder Finanzbeziehungen. Bei den Fragen, wie Länder und Gemeinden ihre Interessen gegenüber dem Bund wahrnehmen, setzen wir Akzente.

Seht Euch die Energiepolitik an: Der THTR in Hamm ist abgeschaltet. Der Schnelle Brüter in Kalkar geht nicht in Betrieb. Das sind praktische Schritte auf dem Weg zu einer Energieversorgung ohne Atomkraft. Ich kenne viele Länder, die haben sehr Vieles beschlossen, aber ich kenne kein Land, das so praktisch und konsequent gehandelt hat beim Ausstieg aus der Kernenergie wie Nordrhein-Westfalen.

Ich will das gewachsene politische Gewicht weiter mehren und einsetzen im Interesse des Landes. Das gilt nicht nur für die Landesregierung, das gilt auch für die Landespartei.

Die Erneuerung der traditionellen Industrieregionen, das ist die Aufgabe der Landespolitik. Der strukturelle Wandel in den Bergbauregionen wird sich aufgrund der weiteren Anpassungen im Steinkohlebergbau noch einmal beschleunigen.

Am Tage nach den Entscheidungen über die künftige Kohlepolitik haben wir einen Handlungsrahmen für die Kohlegebiete beschlossen für die Regionen Aachen-Heinsberg, Kamp-Lintfort, für die Emscher-Lippe-Region und das östliche Ruhrgebiet einschließlich der Stadt Ahlen. Im Januar werden wir vier Regionalkonferenzen machen. Zusätzlich zu den bestehenden Fördermöglichkeit werden wir von 92-95 etwa eine Milliarde einsetzen, ohne die Verschuldung zu erhöhen, weil wir diese Mittel aus einer wahren schmerzhaften aber dringend nötigen Überprüfung der Förderprogramme des Landes gewinnen konnten. Andere reden von Subventionsabbau, wir machen damit ernst - und zwar nicht nach der Rasenmähermethode. Wir erwarten, daß auch die Bundesregierung den weiteren Strukturwandel mit einem Sonderprogramm fördert, das wir dann in unseren Handlungsrahmen einbeziehen wollen. Hier könnte doch der Bundeswirtschaftminister einmal zeigen, daß Strukturwandel etwas anderes ist als Kahlschlag, daß es sich um eine politische Gestaltungsaufgabe handelt und nicht um Interviewkriege gegen Arbeitnehmergruppen.

Hermann Heinemann hat das Thema Krupp/Hoesch schon angesprochen. Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche geführt und ich bin froh über den Eindruck, daß Mißverständnisse und Irretationen weitgehend ausgeräumt sind. Mitte November habe ich in einer Regierungserklärung im Landtag ausführlich Stellung genommen. Darum will ich auch hier den einen Aspekt der Montanmitbestimmung ansprechen.

Die Montanmitbestimmung darf bei den Verhandlungen zwischen Hoesch und Krupp nicht ausgehebelt werden. Wir treten für die Montanmitbestimmung nicht nur in diesem Falle ein. Wir verteidigen sie auch gegen juristische Angriffe, wie z. B. die der deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz. Die Montanmitbestimmung gilt heute in den Unternehmen weiter, die wie viele diese Form hatten und bei denen mindestens 20 % der Umsätze im Montanbereich sind. Dagegen wird geklagt von der Schutzvereinigung. Wir glauben, diese Regelung entspricht der Verfassung und wer die Montanmitbestimmung in den Ruf der Verfassungswidrigkeit bringt, der kündigt den Grundkonsens, den es gegeben hat seit Anbeginn der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden einen Bevollmächtigten beauftragen, in diesem Sinne gegenüber dem Verfassungsgericht Stellung zu nehmen.

Die Finanz- und Steuerpolitik des Bundes erschwert und gefährdet unseren Konsolidierungsprozeß. Es gab deutliche Einschnitte, schon vor der deutschen Einheit, durch die dritte Stufe der Steuerreform. Wir hatten 1990 ein Minus bei den Lohnsteuereinnahmen von 3,2 % und damals konnte man die Belastungen durch die deutsche Einheit schon sehen.

Auf dem Landesparteitag in Köln am 18. November hatte ich vorgeschlagen, auf die dritte Stufe der Steuersenkung zu verzichten und dieses Geld zu nehmen für den wirtschaftlichen Aufbau der damaligen DDR. Die Bundesregierung ist einen anderen Weg gegangen. Sie hat zuerst die Steuern gesenkt und sie in diesem so drastisch erhöht, daß es den Bürgern kaum noch zumutbar ist, diese Summe von Steuern und Abgaben.

Das war kein Beispiel solider Politik, sondern das war ein Beispiel für unsoziale Verteilung, für Umverteilung von unten nach oben. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Ergebnis, rechnet man Steuerentlastung und Steuererhöhung zusammen, dann sind die Einkommensbezieher unter 45.000 Mark im Jahr die Verlierer und die über 80.000 Mark die Gewinner dessen, was die Bundesregierung tut.

Diese Finanz- und Steuerpolitik geht auch an die Substanz von Ländern und Gemeinden. Darum haben wir im Vermittlungsausschuß so hart gestritten, weil wir die soziale Schieflage nicht wollen und weil wir keine Schieflage wollen zu Lasten von Ländern und Gemeinden. Es hat Annäherungen in manchen Punkten gegeben. Ich hoffe, die Einsicht wächst über Weihnachten und Silvester, denn die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes darf nicht zum Hemmschuh für den Strukturwandel werden.

Nordrhein-Westfalen hat getan, was es konnte. Wir sind wieder ein finanzstarkes Land. Wir liegen über der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder. Kein anderes Land hat im letzten Jahrzehnt so sparsam gewirtschaftet wie wir. Die Gesamtausgaben im Landeshaushalt sind bei uns um 31.5% gestiegen in den 10 Jahren. In den anderen Flächenländern Jahren um 49.4%. Wir haben mit 38.6% die niedrigste Personalausgabenquote der großen Flächenländer. Kein Land hat beim Abbau der Neuverschuldung ähnliche Erfolge aufzuweisen wie wir. Aber dann darf es auch nicht so sein, daß der Bund unsere Anstrengungen immer wieder zunichte macht.

Auch unsere schärfsten Kritiker müssen doch zugestehen: Wir haben den Strukturwandel in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangebracht.

Seit dem Tiefststand der Beschäftigung 1984 hat die Zahl der Beschäftigten um 751.000 zugenommen; davon haben vor allem Frauen profitiert. Das Ruhrgebiet zählt trotz Arbeitsplatzverlusten bei Kohle und Stahl zu den Arbeitsmarktgewinnern. Es hat knapp 100.000 Beschäftigte mehr. Wir haben den bisher höchsten Beschäftigungsstand mit mehr als 6 Mio. Erwerbstätigen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem Höchststand 1987 um mehr als ein Viertel zurückgegangen und der Rückgang im Ruhrgebiet war höher als im Landesdurchschnitt. Es gibt 100.000 Langzeitarbeitslose weniger als vor gut 2 Jahren bei unserem letzten Parteitag.

1990 sind über 17.800 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gegründet worden. Liebe Freunde, das ist mehr als in Bayern und Hessen zusammen und mehr als doppelt so viel wie in Baden-Württemberg. Jede vierte Unternehmensgründung findet in Nordrhein-Westfalen statt.

Der Zuwachs ausländischer Investitionen ist mit einem Plus von 26.7% doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Wir sind das exportstärkste Land. Über 28% aller Exporte der alten Länder entfallen auf uns, 60% dieser Exporte gehen in die Länder der Gemeinschaft.

Wir sind attraktiv für Großunternehmen, 46 der 100 größten sind hier; wir sind attraktiv auch für kleine und mittlere Unternehmen, vom Kiosk bis zum Konzern haben wir über 500.000 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Deutlicher Aufschwung beim Handwerk: Ein Umsatzplus von 13.7% , ein Beschäftigungszuwachs von 3.7%.

Liebe Freunde, das sind Zahlen, Daten und Fakten, von denen wünschte ich mir, daß wir sie nicht nur alle zur Kenntnis nehmen, sondern daß wir sie auch im ganzen Land verbreiten, daß wir sie den Menschen sagen, denn sie sind ein Zeichen positiver Entwicklung.

Es liegt hinter uns ein schwieriges, ein in vieler Hinsicht auch außergewöhnliches, Jahr. Wir hatten uns im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode nämlich viel vorgenommen und andere haben uns noch Zusätzliches aufgepackt.

Ich möchte ohne Anspruch auf Vollständigkeit ein paar Themen nennen: Kindertagesstättengesetz, Garzweiler II, die Gutachten zur Schulorganisation und seine Konsequenzen, die Zukunft der Steinkohle, die Reform der Gemeindeordnung, das schon genannte Thema Krupp/Hoesch. Soweit es im Augenblick möglich und sinnvoll ist, haben wir alle notwendigen Entscheidungen getroffen. Ich kann mich nicht erinnern, und ich bin seit 21 Jahren in der Landesregierung, daß wir jemals in so kurzer Zeit so viele wichtige Entscheidungen treffen mußten. Wenn ich da manchmal Norbert Blüm drüben von Bonn über Nordrhein-Westfalen reden höre, dann frage ich: Nobbi, wann kommt denn endlich die Pflegeversicherung? Ihr müßt auch mal was entscheiden in Bonn!

Es hat vor der Sommerpause Irritationen gegeben, aber jetzt kann sich das Ergebnis des Kindertagesstättengesetzes sehen lassen. Da ist nicht jede Wunschvorstellung verwirklicht worden, aber wir sollten deutlich machen: Kein Land tut so viel für Kindergärten wie Nordrhein-Westfalen.

Wie gründlich und wie gewissenhaft wir den Antrag auf Genehmigung des Anschlußtagebaus Garzweiler II geprüft haben, das kann ich hier gar nicht im einzelnen darstellen. Aus ökologischen und aus sozialen Gründen haben wir die beantragte Fläche um ein Drittel verringert. Und wir haben deutlich gemacht: Für uns gibt es einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft des Unternehmens den Kraftwerkspark ökologisch umzurüsten und der Genehmigung von Garzweiler II. Das hängt zusammen.

Wir brauchen nämlich modernste Technik für den sparsamen Umgang mit Energie. Das ist praktischer Klimaschutz. Darum werden wir Anfang des kommenden Jahres in einem Klimabericht umfassend darstellen, welche Schritte die Landesregierung zum Schutz der Erdatmosphäre für nötig hält. Da wird sich zeigen, das betrifft weit mehr als die Energiepolitik. Da geht es um Umorientierung im Verkehrsbereich, beim Bauen, in der industriellen Produktion, übrigens auch in Konsumverhalten eines jeden Einzelnen.

Ich habe schon gesprochen über die Konsequenzen aus den Entscheidungen der Kohlerunde.

Es gab zusätzliche Belastungen durch die Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni, die sogenannte Hauptstadtenscheidung. Die Landesregierung, die große Mehrheit der Sozialdemokraten hatten für eine andere Entscheidung gekämpft. Ich habe mich darüber gefreut, daß es in der SPD-Bundestagsfraktion eine Mehrheit für Bonn gab, aber die Entscheidung, die getroffen worden ist, haben wir selbstverständlich akzeptiert.

Wir wollen die föderale Vielfalt erhalten, wir wollen den Föderalismus im Blick auf den europäischen Einigungsprozeß stärken.

Was die Bundesregierung in dieser Woche beschlossen hat, geht in die richtige Richtung. Das bietet Ansatzpunkte für neue Entwicklungen, das bringt Chancen, neue Institutionen, aber auch private Investitionen nach Bonn zu holen. Wir werden unseren Beitrag leisten, aber die Bundesregierung muß jetzt schnell entscheiden, auch über die Verlagerung von Einrichtungen nach Bonn und über die Ausgleichsleistungen. Auch Nordrhein-Westfalen wird seinen Beitrag zur Entwicklung der Stadt Bonn unter Region leisten. Es muß aber klar sein: Für die Folgen des Beschlusses vom 20. Juni gilt das Verursacherprinzip.

Liebe Freunde, ein wichtiges Thema dieses Jahres, und manche erwecken den Eindruck, wir hätten kein anderes Thema, war die Frage: Wie wollen wir die Komunalverfassung veränderten Bedingungen anpassen? Was wollen wir ändern, weil es reformbedürftig ist? Was wollen wir belassen, weil es sich bewährt hat? Darüber werden wir morgen diskutieren und entscheiden.

Ich will aber doch ein paar Bemerkungen dazu machen:

Im Siegener Wahlprogramm und in der Regierungserklärung haben wir angekündigt, Vorschläge zu machen. Denn es ist ja wahr: Kommunalpolitik kann die vor ihr liegenden Chancen und Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn sich die kommunalpolitische Praxis nicht zu sehr von der geschriebenen Verfassung entfernt.

Ich halte es freilich für falsch und für völlig verkürzt so zu tun, als stünden sich bei uns Reformbefürworter und Reformgegner gegenüber. Es geht um die Frage, welche Reformen wir wollen und wie wir sie zustandebringen.

Seitdem Herbert Schnoor zwölf Empfehlungen veröffentlicht hat, haben wir in allen Bezirken, in den meisten Unterbezirken, in vielen Ortsvereinen breit und intensiv diskutiert. Vieles war sehr schnell unstreitig.

Wir wollen mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen. Wir wollen einen Abbau staatlicher Genehmigungsvorbehalte. Wir wollen das Recht der Gemeinden auf wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung sichern. Wir wollen beitragen zur Gleichberechtigung und dazu, daß sie Wirklichkeit wird. Wir wollen das Haushaltsrecht modernisieren. Wir wollen die Ehrenamtlichkeit des Mandats und den Status der Fraktionen sichern.

Es stehen weitere wichtige Reformen an. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, an der Gestaltung des Gemeindelebens mitzuwirken, also Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Kommunalverfassung verankern. Das ist auch ein Auftrag unseres Berliner Programms. Das ist kein Mißtrauen gegen den Rat oder gegen die Repräsentanten der politischen Parteien. Alle Erfahrung zeigt, solche Mitwirkungsmöglichkeiten sind nicht Alternativen zum gewählten Rat, sondern Ergänzung, und darum teile ich die Befürchtung nicht, hier könne es zu einer Aushöhlung der repräsentativen Demokratie kommen. Ich glaube, wir schaffen damit auch die Möglichkeit zu prüfen, ob kleine, aber lautstarke oder einflußreiche Gruppen tatsächlich für eine Mehrheit sprechen oder ob sie nur so tun.

Wir wollen den Rat stärken als das wichtigste Organ der Kommunalpolitik. Er muß das Gremium sein, in dem über die Grundsatzfragen gesprochen, gestritten, entschieden wird. Diese Aufgabe kann er im Augenblick nicht so wahrnehmen, wie das nötig wäre. Auf ihm lastet das Tagesgeschäft, das eher behindert. Aber bürgerschaftliche Selbstverwaltung stärken, die von Menschen gestaltet wird, für die die Politik Berufung ist, aber nicht Beruf, diese Überlastung ist ein Thema.

Wir wollen den Vorrang der Politik wiederherstellen, das Kontrollrecht gegenüber der Verwaltung sichern, darum die Idee eines Hauptausschusses als Stadtausschuß.

Wir wollen klare Verantwortlichkeit für die politische Leitung der Gemeinden und für effizientes Verwaltungsmanagement. Wir müssen erfüllen, was unser Berliner Grundsatzprogramm sagt: "Eine starke kommunale Selbstverwaltung braucht eine moderne Verwaltung unter politischer Führung und Kontrolle."

Ich will jetzt nicht eingehen auf die öffentliche Diskussion über das Wahlverfahren für das Amt des Bürgermeisters (ich werde mich morgen daran beteiligen).

Wer diese Frage durch ein Volksbegehren beantworten lassen will, der ist herzlich willkommen. Wenn aber ausgerechnet die Partei damit winkt, die jede direkte Bürgerbeteiligung so scheut wie der Teufel das Weihwasser, und die nicht einmal eine Volksabstimmung über das Grundgesetz zulassen will, dann fällt es mir jedenfalls schwer, ernst zu bleiben.

In den letzten Monaten, liebe Freunde, hat kein Thema uns so sehr beschäftigt, wie die Zukunft unseres Schulwesens. Ich finde das gut und ich finde das wichtig. Es ist gut, daß Bildungspolitik wieder ein großes Thema wird, nachdem sie nach der Phase der Hochkonjunktur in den 60er und 70er Jahren, in den 80er in eine Flaute geraten schien. Vielleicht hat das auch damit zu tun, daß wir in der Zeit unserer Regierungsverantwortung einen in der deutschen Geschichte und - ich weiß, was ich sage - einmaligen Ausbau des Bildungssystems vorangetrieben haben. Ich erinnere daran: 1966, 2,7 Mio. Schüler und 73.000 Lehrerinnen und Lehrer.Heute 2,6 Mio. Schüler und 158.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen nämlich die Reformideen der 60er und 70er Jahre nicht nur in Bücher geschrieben, sondern wir haben sie als konkretes Angebot verwirklicht: Die Hauptschule, die 10jährige allgemeine Schulpflicht und die Gesamtschule. Wir haben heute ein modernes, ein vielfältiges Schulwesen. Wir werden um die Ergebnisse dieses Schulwesens überall in Europa eher beneidet als kritisiert. Das weiß nur die Opposition nicht.

Es ist kein Zufall, wenn das Nachrichtenmagazin Newsweek in seiner Titelgeschichte am 2. Dezember über die zehn besten Schulsysteme der Welt die Sekundarstufe II und die Lehrerausbildung in Deutschland weltweit am besten findet und sich dabei auf die Praxis in Nordrhein-Westfalen bezieht.

Es ist kein Zufall, wenn über 75 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder das nordrhein-westfälische für gut halten. Dennoch bin ich dafür, die Diskussion über die zukünftige Bildungspolitik unter den Bedingungen des vereinten Deutschlands und eines offenen Europas aufzunehmen und sich an die Spitze dieser Diskussion zu stellen.

Es fügt sich ja hervorragend, daß wir mit dem sog. "Kienbaum-Gutachten" und mit unserer interministeriellen Projektgruppe soviel Informationen zur Schule haben wie kein anderes Land. Wir haben schnell, konsequent und an pädagogischen Maßstäben orientiert, die Empfehlungen der Gutachter umgesetzt, schneller als viele geglaubt haben. Schon in diesen Beschlüssen steckt einiges, das unser Schulwesen erheblich reformieren wird. Ich nenne die Neuordnung der Schulaufsicht und die verbindliche Schulentwicklungsplanung. Beides kann die Qualität des Schulangebots erheblich

verbessern und die Kommunalpolitik in eine erweiterte Verantwortung und in neue Aufgaben bringen. Wir sollten diese Chance bedenken.

Laßt uns gemeinsam den jetzt begonnenen Weg der schrittweisen Reformen weitergehen. Laßt uns nicht ausweichen. Von der Opposition ist dazu nichts zu hören und nichts zu sehen, außer im Blick zurück. Eine Partei in der Regierungsverantwortung kann sich das nicht leisten.

Aber Freunde, das heißt nicht, auf die bildungspolitische Zukunftsdiskussion zu verzichten, aber sie darf die aktuellen notwendigen Reformen nicht behindern.

Ich selber sehe Schulpolitik heute auch anders als vor 30 Jahren, als ich in dem zuständigen Fachausschuß saß. Meine Frau war in einem englischen Internat mit sehr viel Sport und Charakterbildung. Meine beiden Kinder gehen in eine moderne Grundschule. Meine eigene Schulerfahrung ist vom traditionellen Gymnasium geprägt, angefangen beim altsprachlichen bis später zum mathematisch-naturwissenschaftlichen.

Die Schulen verändern sich ständig, ob wir das wollen oder nicht. Selbst die Schüler sind anders, als wir das früher waren. Da wirkt der Einfluß der geheimen Miterzieher, der Medien, hier wirkt sich die Konsumorientierung unserer gesamten Gesellschaft aus. Was ist mit den Problemen der Aggressivität, die es ja nicht nur an der Hauptschule gibt?

Viele Lehrer sind an Erfahrungen reicher und an Reformhoffnungen ärmer.

Viele Eltern sind erwartungsvoller und selbstbewußter. Denn viele Eltern haben mit ihren Entscheidungen den Gang der Schulentwicklung stärker bestimmt als wir Politiker. Das sieht man am Rückgang der Nachfrage bei der Hauptschule, am Zuwachs der Nachfrage nach Gesamtschulen und Gymnasien.

Wer an die künftige Bildungspolitik und vor allem an die Schulstruktur der Zukunft denkt, der muß wissen, er entscheidet über die Ausbildung zukünftiger Generationen. Da braucht man Ruhe, Weitsicht, Besonnenheit.

Hier demonstrieren heute Abendrealschüler. Hans Schwier und Gisela Gebauer-Nehring sprechen mit ihnen. Weil das in der Zeit geschieht, in der ich hier zu reden habe, will ich hier nur sagen: Für uns steht der zweite Bildungsweg nicht in Frage. Wer sollte denn für den zweiten Bildungsweg einstehen, wenn nicht wir? Hier ist die Frage, ob das Doppelangebot von Abendrealschule und Volkshochschulen auf Dauer vernünftig ist.

Deshalb haben wir von der Absicht gesprochen, die Aufgaben der Abendrealschule auf längere Sicht mit Unterstützung des Landes auf die Volkshochschulen zu übertragen. Aber die, die jetzt auf der Abendrealschule sind, können natürlich da ihren Abschluß machen. Und weil es auch einige Mißverständnisse gibt, sage ich, mein Wort gilt: Wir diskutieren über die Abendrealschulen, aber das Abendgymnasium bleibt.

Die Schullandschaft ist noch vielfältiger geworden. Die Bildungswege sind in den vergangenen Jahren noch undurchschaubarer geworden. Die Wahl der Schulformen hat sich verschoben. Aber mir scheint manche Aufgeregtheit ein bißchen übertrieben.

Ich finde es paradox, wenn wir bei der Diskussion über die Zukunft darauf setzten, der wachsenden Problemvielfalt mit einer Einfalt von Modellen genüge zu tun. Und darum kann ich nicht empfehlen, die Diskussion über die Zukunft der Schulen auf die Frage nach den "Säulen" oder den "Stufen" zu beschränken.

Es sind ganz andere Fragen zu beantworten: Wie sollen sich die Bildungsangebote in Deutschland entwickeln? Welche Qualifikationen brauchen wir in der Zukunft? Wie sieht es aus mit der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in Europa? Wie sieht es aus mit dem Austausch von Erfahrungen zwischen öffentlichem und privatem Schulwesen? Könnte nicht manche öffentliche Schule von Waldorfschulen lernen und umgekehrt? Wir müssen diese Diskussion suchen, nicht bloß den Vergleich von Nordrhein-Westfalen zu Bayern oder Thüringen. Wir sprechen doch über eine Schülergeneration der Zukunft , die ihr Taschengeld in Ecu kriegt. Und dann brauchen wir eine europäische Diskussion.

Alle halten sich für sachverständig, die selber einmal in die Schule gegangen sind, aber ohne den Sachverstand der Wissenschaftler verschiedener Disziplinen werden wir nicht auskommen. Notwendiger Konsens der demokratischen Parteien braucht Zeit. Er braucht ein Entscheidungsdatum, ungehindert von Wahlterminen. Darum rate ich, daß wir die jetzt vorliegenden Papiere intensiver beraten als bisher, und daß wir europäisches Bewußtsein und europäischen Horizont in die Diskussionen einbringen.

So schnell werden sich die 16 Länder nicht verständigen.

Ich will deshalb für Nordrhein-Westfalen eine Kommission berufen, in der Wissenschaftler und Experten, auch aus anderen europäischen Staaten, ihre Vorstellung für die Schule der Zukunft entwickeln.

Wir wollen die Erfahrung des Deutschen Bildungsrates, des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen nutzen. Wir müssen den Bezug zur Lehrerausbildung, zum Hochschulzugang bedenken, aber wir dürfen die Gegenwartsaufgaben nicht vernachlässigen. Wir müssen jetzt unsere Schulorganisation verbessern, wir müssen jetzt den Lehrern helfen mit den aktuellen Problemen fertigzuwerden. Dazu kommt eine große Last, das ist die, daß manche Erwachsene dazu neigen, alle Probleme am Schultor abzugeben. Wo immer es ein gesellschaftliches Defizit gibt, erklingt gleichzeitig der Ruf nach der Schule. Das gefährdet die eigentlichen Aufgaben der Schule und der Lehrer und der Schüler. Wenn wir über das künftige Bildungswesen diskutieren, gehören diese Fragen in den Mittelpunkt.

Es geht doch in der Schule um mehr als um Wissen und Können, es geht um Haltungen, um Überzeugungen, um Einsichten und Werte, damit aus Schülern orientierungsfähige Bürger werden, die die Zukunft ihres Landes mitgestalten können. Ich bin sicher, daß wir die Eltern dafür gewinnen, uns auf diesem Weg der Erneuerung zu begleiten.

Liebe Freunde, zu den schwierigsten Aufgaben einer Partei, die Regierungsverantwortung trägt, gehört es, sich im Tagesgeschäft nicht so zu verschleißen, daß die Kraft für Neues fehlt. Erfolgreiche Tagespolitik darf den Blick in die Zukunft nicht verstellen. Wir müssen das Gespür haben für neue Entwicklungen und für neue Aufgaben. Denn es gilt auch für Parteien: Wer auf der Stelle tritt, der fällt zurück. Wenn wir weiter erfolgreich sein wollen, dann müssen wir aus der Erfahrung neue Wege entwickeln. Wir haben das in den vergangenen 25 Jahren immer wieder geschafft.

Wenn wir nicht satt und selbstzufrieden werden, dann habe ich um die Mehrheitsfähigkeit der SPD in Nordrhein-Westfalen keine Sorgen. Wir dürfen aber um Himmelswillen nicht zu der Vermutung Anlaß geben, nichts sei uns wichtiger als wir selber. Wenn wir diesen Eindruck erwecken, dann stärkt das nur eine Partei, die der Nichtwähler. Wir müssen auf allen Ebenen, in den Gemeinden, im Land, im Bund und in Europa praktisch deutlich machen: Die SPD ist keine geschlossene Gesellschaft, sie ist offen für Anstöße von außen.

Das gelingt uns nur, wenn wir noch stärker als bisher neue Formen der Parteiarbeit finden. Wir haben im zurückliegenden Jahr unter dem Stichwort "Modernisierung der SPD" im Landesvorstand, im Landesausschuß mehrfach Überlegungen diskutiert, die eine Arbeitsgruppe, die wir eingesetzt hatten, aufgeschrieben hat. In der Bundespartei gibt es gleiche Diskussionen. Vordringlich scheint mir die Reform der täglichen Parteiarbeit und die Arbeitsgruppe macht dazu eine Reihe von Vorschlägen. Öffnung für neue Themen, für neue Gruppen, für neue Formen, das darf man nicht vergessen. Betriebliche Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschafter müssen feste Ansprechpartner sein. Auch in dieser Beziehung hat sich manches geändert. Wir haben uns geändert, aber auch die Gewerkschaften sind in Bewegung.

Ein anderes Thema, daß uns beschäftigt, ist das Verhältnis zwischen Landesverband und den vier Bezirken. In Bayern haben sich unsere Freunde gerade für einen starken Landesverband entschieden. In Nordrhein-Westfalen praktizieren wir seit 20 Jahren die Kooperation zwischen den Bezirken und dem Landesverband. Es hat sich bewährt.

Wir haben uns ja auch über mangelnden Erfolg nicht zu beklagen. Bei der Landtagswahl nach unserem letzten Parteitag haben wir zum dritten Mal die absolute Mehrheit erreicht, die 50 % vom 13. Mai. Bei vier Parteien im Landtag sind 50 % politisch noch viel gewichtiger als die 52,1 % von 1985. Und ich denke hier ist der Punkt, wo ich Bodo Hombach danke, nicht nur für sein politisches Gespür, für seine Fähigkeit als Komunikator, sondern für seine politische Gestaltungskraft und für das, was er uns an Kampagnenfähigkeit vermittelt hat. Ihm und Reinhold Mars, den ich jetzt nicht sehe, möchte ich herzlich danken, für die Jahre der Zusammenarbeit, die uns geholfen haben.

Es hat in den letzten Wochen manche Schlagzeile gegeben, die hat mir auch keine Freude gemacht. Wir hatten eine Schwächephase, jedenfalls im öffentlichen Erscheinungsbild und in der öffentlichen Wahlnehmung. Ich habe viele Artikel gelesen und viele Kommentare. Manchmal habe ich mich schrecklich geärgert. Am interessantesten fand ich, was ich nicht gelesen habe. Ich habe nämlich in den ganzen Berichten und Kommentaren nicht einmal die Behauptung gefunden, die Opposition im Landtag könnte es besser als wir. Das ist keine Genugtuung, das ist eine Herausforderung. Wir haben nämlich besondere Verantwortung, weil die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen uns mehr zutrauen, als anderen Parteien und Fraktionen im Lande.

Wir haben besondere Verantwortung, weil die Opposition nicht in der Lage ist und anscheinend auch gar nicht mehr den Willen hat, eine inhaltliche Politik zu formulieren. Die Landtagskolleginnen und Kollegen könnten Euch das mal erzählen, wie das da zugeht. Die verhalten sich immer mehr wie Splitter- und Protestparteien. Das Klima der politischen Auseinandersetzung ist schlechter geworden, persönliche Herabsetzung wird nicht mehr als Regelverstoß wahrgenommen, es gibt Beleidigungen, es gibt billige Gags, es gibt Mätzchen, es gibt zu wenig Auseindersetzungen in der Sache. Es ist ein Irrtum zu glauben, das schade nur den Verursacher. Das fällt auf alle Parteien zurück und schadet der Demokratie.

Die CDU fällt in die alten Muster zurück: Zerrbilder von der Wirklichkeit des Landes. 1985 sind sie mit dem Möbelwagen in den Keller gefahren, 1990 haben sie wirklich geglaubt, sie könnten uns politisch und moralisch mit der DDR-Führung in Verbindung bringen. Am Bewußtsein der Menschen geht das vorbei. Vielleicht sind die Attacken der CDU auch deshalb so unsachlich, weil sie merkt, die Sozialdemokraten packen die Probleme selber an. Wir leugnen die Probleme nicht und die Defizite, sondern wir beseitigen sie.

Was die F.D.P. angeht, ich kenne ja noch die große, liberale Kraft, die auch Partner war. Jetzt habe ich manchmal den Eindruck, daß sie ein Vorstadt-Variété gibt. Wenn man sich manchen Text ansieht, scheint das Motto zu sein: Lieber ein schlechter Gag als ein guter Vorschlag. Ich nehme die F.D.P. allerdings in einer Sache in Schutz: Diese Filzlappen am vergangenen Sonntag, ich kann Euch

versichern, diese Filzlappen waren aus den eigenen Beständen der F.D.P. Die hatten noch so viele aus der Zeit, in der sie uns damals mit ihren personalpolitischen Problemen behelligt haben.

Die Grünen verheddern sich in Kleinen Anfragen. Also Schönes gibt es da im Augenblick nicht.

Da gibt es in den letzten Wochen immer wieder Spekulationen über meine berufliche Zukunft. Manchmal ist es rührend, wie viele versuchen, sich meinen Kopf zu zerbrechen. Dazu gibt es keinen Anlaß. Ich hoffe, Ihr spürt das. Ich spreche von den großen Herausforderungen und den großen Chancen für unser Land in den kommenden Jahren. Die Arbeit in Nordrhein-Westfalen ist für mich reizvoller denn je zuvor. Keine Spur von Routine. Jeder Tag bringt Neues und Unbekanntes. Ich sehe meinen Platz in Nordrhein-Westfalen. Ich will für unser Land Politik gestalten, und wenn ich denn gesund bin und wenn die Partei das will, über 1995 hinaus. Wir wollen auch 1995 wieder die eigene Mehrheit. Einige sagen, Demokratie lebe vom Wechsel. Das ist ein Irrtum. Demokratie lebt von der Mehrheit und von der Möglichkeit der Minderheit, Mehrheit zu werden. Das ist etwas ganz anderes. Das ist deshalb was anderes, weil die Minderheit das nämlich packen muß, gestalten muß, und nicht nur immer gegen eine Wand anrennen darf.

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen vertraut uns. 1980 waren es 48,6 %, dann 52,1 %, dann 50 %. Keiner dieser Wähler ist unser persönliches Eigentum. Die gehören uns nicht. Der Begriff Stammwähler ist mißverständlich. Die muß man immer wieder gewinnen, überzeugen durch glaubwürdiges Reden und Tun. Diese Mehrheit will, daß wir Sozialdemokraten die Politik in diesem Land gestalten. Sie hält nichts von einem politisch ungedeckten Wechsel.

Nun liegen zwei wahlfreie Jahre vor uns. Da könnte man ja mal den Traum realisieren, den ich geträumt habe, als ich Anfang des Jahres einen runden Geburtstag hatte, als ich meiner Frau gesagt habe: Jede Woche einen freien Tag, das verspreche ich Dir. Jetzt sage ich, wenigstens im Monat ein freier Tag. Aber glaubt nicht, zwei wahlfreie Jahre wären dazu da, daß wir uns einmal ausruhen. Glaubt nicht, zwei wahlfreie Jahre gäben uns jetzt die Chance, uns endlich mit uns selber zu beschäftigen. Es geht jetzt darum, altes Vertrauen zu festigen und neues Vertrauen zu schaffen. Diese zwei Jahre müssen ein Trainingslager werden, damit wir auf der Höhe der Zeit bleiben. Damit wir die Fundamente dafür legen, wieder die Mehrheit zu gewinnen.

Erneuerung in der Verantwortung: Bernd Kasperek, Ernst-Martin Walsken haben die Geschäfte des Landesverbandes übernommen. Birgit Fischer hat in der Landtagsfraktion eine wichtige und nicht leichte Aufgabe. Aber wir stehen vor einem Wechsel, der ist wirklich ein Einschnitt. Antje Huber hat 21 Jahre im Landesvorstand mitgemacht, ist seit 14 Jahren meine Stellvertreterin; hat unsere Arbeit geprägt. Wir werden im Laufe des Parteitages noch davon sprechen. Sie gehört zu den Frauen ihrer Generation, die sich verzehrt haben für die Ideale unserer Partei. Sie hat wichtige Aufgaben wahrgenommen in der Bundesregierung, in der Bundespartei, in der Landespartei. Mir fällt es schwer, sich unsere Arbeit ohne Menschen wie sie vorzustellen. Antje wir danken dir, die deutsche Sozialdemokratie dankt Dir. Man darf der Tagesordnung nicht vorgreifen, die ich ohnehin durcheinander bringe. Der Landesvorstand schlägt Euch auf meine Anregung vor, Gabi Behler als Nachfolgerin von Antje Huber zu wählen. Gabi, das ist keine leichte, aber eine schöne Aufgabe.

Unser Einsatz zahlt sich aus für Nordrhein-Westfalen. Das ist mit Händen zu greifen, auch wenn es ein paar Artikel und Interviews gegeben hat, die nicht unbedingt völlig unverzichtbar waren.

Die Negativbotschaften von vor einigen Jahren sind längst weg. Längst redet man nicht mehr vom Niedergang, nicht vom technologischen Rückstand, nicht von der Finanzschwäche im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Nordrhein-Westfalen ist ein technisch führendes und finanzstarkes Land. Wir sind Spitze in der Umweltindustrie und bei der Entwicklung neuer Umwelttechnologien. Der Medienstandort Nordrhein-Westfalen sucht in Europa seinesgleichen. Der neue Rohstoff Forschung stimuliert die Wissenschaft und die Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen ist ein Investitionsstandort erster Güte.

Seit Ende der 80er Jahre ist aus dem meßbaren ökonomischen Erfolg auch ein psychologischer Durchbruch geworden. Das neue Bild von Nordrhein-Westfalen, das kann man erkennen: Aufbruchstimmung, Zuversicht, Zukunftsgewißheit. Laßt uns gemeinsam weiter dafür arbeiten, daß unser Land sich zum Besseren verändert.

Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

11. ordentlicher Parteitag
14. und 15. Dezember 1991.
Hagen, Stadthalle.

R E D E

des

Parteivorsitzenden

B j ö r n E n g h o l m

(Abschrift der freien Rede, es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen

Es ist erfreulich, von einem Schleswig-Holsteiner, der seine großen Erfahrungen, die Euch heute nutzen, in Schleswig-Holstein gemacht hat, auf dem Landesparteitag so freundlich begrüßt zu werden, wie eben von Klaus Matthiesen. Daß Klaus dabei natürlich auch noch die Muße hat, mich auf eines der großen momentanen Probleme hinzuweisen, die wir da oben im Norden haben, nämlich die Deponie Schönberg, das zeigt mir, für die Politik gibt es momentan keinen Sonntag. Johannes, darüber haben wir gerade gesprochen.

Ich kämpfe in meinem Heimatland nach vier Jahren Regierungszeit einen nicht leichten Kampf um das Wiederherstellen der Mehrheit in einem bevorstehenden Wahlkampf. Und wer weiß, daß heute Mehrheiten, schon gar absolute Mehrheiten, nicht geschenkt werden, sondern hart erkämpft werden müssen, der weiß auch, was es heißt und wieviel Leistung es bedeutet, 25 Jahre lang in Nordrhein-Westfalen regiert zu haben.

Das ist ein Geschenk. Nicht des Himmels, aber es ist sozusagen das Geschenk von Menschen, die 25 Jahre lang Vertrauen in eine Politik ununterbrochen investiert haben. Und man investiert nur Vertrauen in Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn sie astrein sind. Ihr seid eine Partei, die Vorbild ist für ganz Deutschland.

Ich möchte Johannes Rau sehr herzlich zu seiner Wiederwahl gratulieren. In Johannes Rau habt ihr, auch wenn das gelegentlich nicht alle begreifen, einen Regierungschef, der seinesgleichen sucht. Mit Johannes Rau haben wir zugleich einen Repräsentanten, und ich glaube, dies ist das A und O für Politik, der für das, was wir mühevoll in Programmen zu Papier gebracht haben, durch seine Politik, sein Verhalten und sein Leben einsteht. Anspruch und Wirklichkeit sind in der Person von Johannes Rau eine Einheit eingegangen. Und ich denke, das ist eine gute Grundlage für künftige Erfolge, deshalb kann ich zwar nicht wie Du, Johannes, aus der Bibel zitieren, ich bin da nicht so fit wie er. Das hängt damit zusammen, daß ich nicht aus Wuppertal komme. Aber man kann ein altes deutsches Sprichwort nutzen und sagen, wer den Johannes nicht ehrt, ist einer politisch erfolgreichen Zukunft nicht wert.

Ich möchte ein Wort sagen dürfen zu Antje Huber: Antje, Du bist Jahrzehnte für unsere Partei tätig gewesen und wirst es im Parteirat weiter bleiben. Wir haben zeitweilig Seite an Seite geackert. Zum Teil stöhnend und schwitzend unter der Knute von Helmut Schmidt im Bundeskabinett, als wir noch in Bonn regierten. Aber, Genossinnen und Genossen, das wird ja wieder in absehbarer Zeit, natürlich 1994, wenn diese Partei es will, und sich am Riemen reißt, so sein, dessen bin ich mir sicher.

Antje Huber muß ich deshalb besonders dankbar sein, weil sie mir in einer außergewöhnlich schwierigen Situation zur Seite gestanden hat. Ich machte damals als ganz, ganz frischer Bundesminister für Bildung und Wissenschaft einen Besuch bei einer großen nordrhein-westfälischen Zeitung. Das Kabinett hatte vorher gerade entschieden, daß mit Mittelstrecken nachgerüstet wird und ich setzte mich in den ersten Tagen meiner Ministerschaft bei dieser Zeitung in ein Pressegespräch und sagte, ich sei für ein Moratorium, das heißt für ein Stillhalteabkommen und nicht für die Nachrüstung. Das war zwei Tage vor der Kabinettsitzung, und als es dann Dienstag oder Mittwoch morgens sechsspaltig in Nordrhein-Westfalen in der Zeitung stand, habe ich gewußt, was mich am Mittwoch in der Kabinettsitzung erwartet. Ich war schon froh, daß mir bis dahin sozusagen die Entlassungsurkunde noch nicht überreicht worden war, aber Schmidt hat das sehr gut gemacht, er hat 20 Minuten am Kabinettstisch, ohne mich eines Blickes zu würdigen und meinen Namen zu nennen, einen Vortrag über die Welt gehalten, wie sie wirklich ist und wie er zu verstehen gab, wie ich sie nicht sehe. Also ich saß ungefähr da, wie ein

Klippschüler, wenn Ihr eine Vorstellung habt, was das ist. Das ganze Kabinett saß drumrum und hüchte sich eins.

Hüchten heißt sozusagen: Das Kabinett grinste vergnüglich vor Schadenfreude. Die einzige, die sich zu Wort meldete, war Antje Huber, in der Sache, glaube ich, waren wir damals nicht ganz einer Meinung. Aber Antje sagte, sie habe inzwischen gelernt, das diese Nachrüstung etwas sei, was bei uns in breiten Schichten des Volkes kein Verständnis mehr finde. Und sie verwies auf die Erfahrung dieses großen Landesverbandes und zahlreicher Versammlungen. Sie war die einzige in dem gesamten Kabinett, die ein bißchen diesen furchtbaren Druck, den Schmidt ausübte, von mir wegnahm, und ich sag auch, da saßen auch viele ganz linke Mitstreiter am Tisch, aber es war Antje Huber, die mir aus der Klemme geholfen hat. Antje, das war ein so schönes Zeichen der Solidarität, das mußte ich hier einfach erwähnen.

In wenigen Jahren hat sich die Welt mehr verändert, als viele von uns das zu träumen gewagt haben. Die Mauer ist weg, die Gräben sind zugeschüttet, die Deutsche Einheit ist wieder hergestellt, der Warschauer Pakt aufgelöst. Die Atomraketen werden heut zu Tage wirklich verschrottet. Abrüstung hat eine weltweite Chance wie nie zuvor. Darin verkörpert sich, ohne daß wir das bis heute richtig als Glück der Geschichte begriffen haben, doch die Sehnsucht von 125 Jahren Kampf deutscher Sozialdemokraten und Männern und Frauen der Arbeiterbewegung. Und ich denke, dieses Pfund sollten wir im Bewußtsein behalten und nutzen. Im Osten Europas, in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in den baltischen Staaten, in den neuen russischen Republiken, wachsen junge Demokratien. Was da passiert, ist in seiner Dimension nur vergleichbar mit der Auflösung des römischen Reiches oder vielleicht noch mit der französischen Revolution. Nicht nur der Kontinent, sondern die Welt ändert ihr Profil. Die, die heute in Bonn regieren, schreiben sich die Leistung für diese riesen Veränderung fast ausschließlich auf ihre eigenen Fahnen. Ich meine aber, wir sollten nicht vergessen, daß es in erster Linie nicht die Regierenden in Bonn waren, die diese großartigen demokratischen Umwälzungen zustande gebracht haben. Die, die es geschafft haben, daß sich der Kontinent so verändert, das waren vor allem ganz normale Menschen.

Was in Prag, in Leipzig, in Danzig, auf der Leninwerft geschah, das gibt uns das Vertrauen, daß Menschen, wenn sie es nur wollen, ihre Geschicke in der Geschichte selbst in die Hand nehmen und die Welt verändern können. Sie können die Welt weit mehr verändern, als es die Kohls dieser Welt jemals könnten.

Wir dürfen weiterhin nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß es Sozialdemokraten waren, an der Spitze der Regierung Willi Brandt im Jahre 70/71, die sich auf den Weg nach Osten begaben, um die Pforten - die verschlossenen - zwischen Ost und West aufzustoßen. Wenn die Brandts und später die Schmidts und die Raus nicht ein viertel Jahrhundert an der Öffnung zum Osten gearbeitet hätten, wir wären heute nicht so weit, wie wir in Europa gekommen sind.

Die fundamentalen Veränderungen in Europa erfordern heute von uns allen langfristige, neue und fundamentale Anstrengungen. Europa ist heute ein Haus, oder, um im schleswig-holsteinischen zu bleiben, ein Schiff. Wenn dieses Schiff ein großes Leck hat, sei es achtern oder vorn, sei es im Süden, im Norden, im Westen oder im Osten, dann droht das ganze Schiff seeuntüchtig zu werden. Das heißt, unsere Aufgabe ist, denen in Europa, die noch nicht weit genug sind im wirtschaftlichen Aufbau, bei der Demokratisierung zu helfen. Nur so können sie möglichst schnell zu gleichgewichtigen Mitgliedern der neuen europäischen Völkergemeinschaft werden. Ich denke, die erste Aufgabe, die wir dabei zu lösen haben ist die, den Menschen im Osten Deutschlands auf Dauer unsere hilfreiche Hand zu geben. Ich will dazu zwei Bemerkungen machen, weil gerade Ihr in Nordrhein-Westfalen auf diesem Felde die gestandensten Erfahrungen gemacht habt. Wir sehen gegenwärtig und man liest es eben nicht jeden Tag in den Zeitungen, daß in Ostdeutschland riesige alte Industriekomplexe buchstäblich Stück für Stück vor die Hunde gehen. Wir wissen, daß 17 Millionen Menschen in einem so großen Landesteil

Deutschlands auf Dauer nicht ohne eine feste Industriesubstanz leben können, wenn sie nicht dauerhaft Subventionsempfänger der gesamten Volkswirtschaft werden sollen. Deshalb müssen wir den Grundsatz bekämpfen, der in Bonn immer noch vorherrscht, daß plattgemacht wird, was nicht privatisierbar ist. Wir müssen den Satz umdrehen. Wir müssen sanieren, zugunsten von Millionen Menschen, was sanierungsfähig ist. Menschen zu helfen, da haben wir Erfahrung. Ihr habt das hier in Nordrhein-Westfalen bei Kohle und Stahl unter Beweis gestellt. Wir dürfen nicht den Fehler machen, den auch die Blüms und die Kohls und die Möllemanns immer und immer wiederholen, zu glauben, es sei der richtige Weg zu warten, bis Menschen arbeitslos sind und sie dann zu finanzieren. Unser Weg heißt: Wenn wir Geld aufwenden, dann doch um neue Arbeit zu finanzieren und nicht etwa zu warten, bis die Menschen in Not sind und sie dann mit Arbeitslosengeld abzuspeisen.

Und die zweite Aufgabe besteht darin, den wachsenden jungen Demokratien in Osteuropa zu helfen. Wir haben neulich mit Jelzin zusammengesessen und mit Gorbatschow und beide haben gesagt: Wenn es nicht gelingt, in absehbarer Zeit die Not der Menschen etwa in Rußland in Hoffnung umzuwandeln, dann werden die großen Visionen von Demokratie, von sozialer Marktwirtschaft sich dort nicht verwirklichen. Menschen, die keine materielle Unterfütterung für ihre Visionen haben, werden verzweifeln und verzweifelte Menschen sind keine guten Demokraten. Deshalb glaube ich - um es einfach zu sagen - es ist besser, wenn wir heute die europäischen Kühl- und Lagerhäuser öffnen, und das, was dort mit Milliarden subventioniert liegt und vergammelt, zu den Menschen zu bringen, die es bitter nötig haben. Es gehört aber auch zur Einsicht eines gemeinsamen Europas, daß die Deutschen alleine überfordert wären, würde man nur von ihnen verlangen, den neuen Demokratien Osteuropas zu helfen. Wir haben nicht nur im Innern, sondern auch darüber hinaus bereits mehr Leistungen erbracht als alle anderen Europäer zusammen. Und deshalb glaube ich, wer die Welt auf Dauer friedfertig und demokratisch gestalten will, der braucht eine weltweite Gemeinschaftsanstrengung, damit der Osten Europas zur Demokratie finden kann. Das heißt, auch die Vereinigten Staaten, unser großer Partner und Kanada, aber auch die südost-asiatischen Staaten müssen dazu angehalten werden, nicht nur Märkte in Europa zu erobern, sondern einen Teil ihrer Gewinne zu reinvestieren für die Zukunft der Menschen im Osten dieses Kontinents.

Die dritte große Aufgabe, die vor uns steht und an der - wie ich finde - bisher am kläglichsten versagt wurde, ist die Hilfe für jene Staaten im Süden unserer Erde, die nach wie vor unter unsäglichsten Umständen existieren müssen. Der größte Skandal, den die Welt kennt, ist die Tatsache, daß nach wie vor ein Transfer von den ärmsten der Armen zu den reichsten der Reichen stattfindet. Und ich denke, wenn wir diese Schiene nicht umdrehen, wenn wir die Weichen hier nicht anders stellen, dann werden wir eines Tages einer Explosion des gesamten Planeten nicht rechtzeitig entgegenwirken können. Wir müssen begreifen, daß auch die Menschen in den ärmsten Staaten Anspruch auf Würde haben. Schon aus Eigennutz sage ich, wer seinen Kindern und Kindeskindern eine friedliche Welt übergeben will, muß heute anfangen, den Staaten, denen es am dreckigsten geht, am meisten zu helfen. Daran sind wir zu messen. Dafür haben wir Verantwortung.

Ein Vorgeschmack dessen, was passiert, wenn auf diesen Feldern nichts passiert, zeigen uns die wachsenden Zuwandererströme aus allen Teilen der Erde. Das sind politisch Verfolgte, das sind Flüchtlinge, das sind sozial und ökonomisch Deklassierte, das sind auch ökologisch Bedrohte im wachsendem Maße. Alle, die keine andere Chance mehr sehen, machen sich praktisch in Form von ganzen Völkerwanderungen auf den Weg zu den reicheren Orten der Erde. Wir müssen darauf Antworten geben. Und ich will ganz deutlich sagen, ich teile nicht die Auffassung, die wenige in unserer Partei haben, aber relativ viele in der Kirche, die sagen, schließt die Augen und macht die Türen auf für alle Bedrängten dieser Erde. Das ist eine christlich begreifbare, aber eine gesellschaftlich nicht realisierbare Position. Unsere Gesellschaft kann nur soviel Menschen aufnehmen, wie sie unter den Bedingungen dieser Gesellschaft zu integrieren in der Lage ist. Alles andere wäre tödlich.

Ich teile ebenso wenig die Auffassung derer, die sagen, ändert die Verfassung, und macht die Grenzen wieder dicht und laßt die Menschen außerhalb stehen und laßt sie allein mit sich fertig werden. Diese Position verstößt gegen die Moral, die uns die eigene deutsche Geschichte aufgibt. Sie wird mit Sozialdemokraten nicht durchgesetzt werden. Aber die tiefste Abneigung habe ich gegen jene, die glauben, mit Haß und Gewalt gegen Ausländer das Problem in irgendeiner Weise lösen zu können. Und genau so groß ist meine Abneigung gegen jene, die glauben, im politischen Kalkül ihrer Partei mit den Gefühlen von Menschen Schindluder treiben und so künftig Wahlen gewinnen zu können. Wer dies tut, hat nicht begriffen, worum es geht. Ich glaube, es ist nötig, daß wir bei allen unterschiedlichen Positionen in dieser Frage uns immer wieder ins Bewußtsein rufen: Wer zuläßt, daß die Schwelle der Gewalt gegen Ausländer abgesenkt wird, der muß sich fragen: Was ist denn in der eigenen, der deutschen Geschichte passiert, als man Menschenverachtung zugelassen hat. Wer einmal anfängt, die Schwelle der Gewalt gegen eine Gruppe in einem Lande zu senken, der wird sie morgen nicht wieder, wenn es gegen andere Gruppen geht, höher machen können. Das heißt, wer heute zuläßt, daß Ausländer geschlagen werden, nimmt in Kauf, daß es morgen wieder Gewerkschaftler, Sozialdemokraten, linke Christen, Humanisten oder jüdische Mitbürger trifft. Die Devise der Stunde lautet: Wehret heute den Anfängen.

Die innere Einheit der Deutschen wirtschaftlich und sozial vollenden, dem Kontinent mit seinen jungen und neuen Demokratien helfen, auch der dritten und der vierten Welt mehr von dem geben, was ihr eigentlich zusteht, das alles ist für uns nur möglich, wenn die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft auf einem dauerhaft hohen Stand gehalten wird. Und das heißt mit anderen Worten, gerade wir Sozialdemokraten werden in unseren wirtschaftspolitischen Anstrengungen für die Zukunft darauf achten, daß die Rahmenbedingungen so gestellt sind, daß wir in Deutschland die besten Produkte, die modernsten und ökologisch verträglichsten Produktionsverfahren, sowie einen optimalen Service und was immer zu einer guten Wirtschaft gehört, bei uns in Deutschland zu Hause haben werden.

Und ich denke, wir werden sehr sorgfältig bei den neuen Aufgaben, die Johannes Rau und Rudi Dreßler und andere mit mir gemeinsam im Präsidium zu erledigen haben, darauf achten, daß wir Deutschen nicht die Augen schließen vor den weltweit wachsenden Herausforderungen. Wenn heute in den Zeitungen auf den Wirtschaftsseiten zu lesen ist, von den zehn größten Schiffsherstellern der Welt sind sieben in Japan beheimatet, dann müssen wir aufwachen und wir müssen uns fragen: Welche Forschungstechnologie und welche Industriepolitik brauchen wir in der Zukunft?

Wenn ich mit jungen Leuten in meinem Bundesland rede, fragen sie mich nicht, wie denn ihre Rente später aussehen wird, sondern, sie fragen mich als erstes: Kannst Du mir zusichern, daß ich in dieser Volkswirtschaft einen sicheren Arbeitsplatz finden werde? Sie fragen auch, wie entwickeln sich die Weltmärkte? Was rätst Du mir, was soll ich tun, damit ich dauerhaft als Arbeitnehmer oder als Arbeitnehmerin meinen Lebensstandard verteidigen kann?

Das heißt, unsere Partei wird in den kommenden Jahren die führende und kompetente Partei in Wirtschaftsfragen werden. Denn das, was die "Schwarzen" uns vormachen mit dem Laisser-faire, dem Laufenlassen von Problemen in der Wirtschaft, das lehnen wir ab, das werden wir nicht mitmachen.

Wir - Genossinnen und Genossen - werden eine bessere Wirtschaftspolitik machen.

Ich will dabei einem Mißverständnis in der Debatte entgegenwirken. Die Konservativen und dieser Möllemann, der ja wohl auch aus Euem schönen Land stammt, sagen, Wirtschaftspolitik ist im wesentlichen eine Geschichte, die ausschließlich von Unternehmen und vom Markt gemacht und reguliert wird. Dies ist falsch. Eine moderne und erfolgreiche Wirtschaft kann nur dann modernisieren und erfolgreich sein, wenn die staatlich vorgegebenen wirtschaftsnahen Infrastrukturen stimmen. Welches Unternehmen baut sich seine Schulen selbst? Welches Unternehmen baut sich seine Straßen

selbst? Welches Unternehmen unterhält die Museen dieses Landes? Das heißt: Erst wenn beides funktioniert - die Wirtschaft und der Staat, gemeinsam in guter Abstimmung - haben wir eine Chance in der Zukunft, unseren wirtschaftlichen Status in der Welt zu erhalten. Deshalb ist wichtig zu wissen: Die wirtschaftsnahe Infrastruktur wird nicht in Bonn geschaffen, sie wird geschaffen in Hagen und im Regierungsbezirk und in Wuppertal, in Kiel und in Lübeck und im Hamburger Randgebiet. Eine Bundesregierung, die die Taschen der Gemeinden und der Länder ständig weiter ausplündert, setzt uns nicht in die Lage, die infrastrukturellen Leistungen für die Menschen dieses Landes so zu erbringen. Nur so aber können wir erfolgreich sein. Auch die Steuerpolitik muß sich dieser Erkenntnis fügen und wir werden denen in Bonn weiterhin Beine machen.

Herr Möllemann war kürzlich auf einer Unternehmerverbandstagung in Schleswig-Holstein. Er hat sich dort über die großen Branchen, die, wie wir wissen, ohne Subventionen des Staates nicht überlebensfähig sind, in einer - wie ich finde - miesen Art und Weise ausgelassen. Daß er sich bei uns besonders die Bauern vorgeknüpft und Kohle und Stahl nur mit einem Nebenwort erwähnt hat, ist besonders pikant. Wer so, wie die Möllemänner dieser Bundesregierung, über menschliche Schicksale und Traditionen redet, als sei es eine Frage, die man am Markt verscherbeln könnte wie Blutwürste und Kochtöpfe, der hat nicht begriffen, was menschliche Würde in einem Revier wie hier oder auf Werften wie in Schleswig-Holstein oder auf Bauernhöfen bedeutet. Solche Leute müssen so schnell wie möglich von der Regierung entfernt werden.

Laßt mich drei kurze Bemerkungen machen zu innenpolitischen Themen.

Der Grundsatz, daß sich reiche Leute einen armen Staat leisten können, aber daß die, die schwächer sind, einen reichen Staat benötigen, wird nirgendwo so deutlich, wie in der Frage einer modernen sozialen Daseinsvorsorge. Wie unfähig diese Regierung in Bonn ist, auf die großen Herausforderungen eine Antwort zu finden, zeigt sich nirgendwo deutlicher als am Beispiel der Pflegeversicherung. Ich sage ganz deutlich, daß Hermann Heinemann und Rudolf Dreßler uns alle auf diesen Weg gebracht haben und wir jetzt der Bundesregierung Beine machen werden. Dies ist für dieses Jahrzehnt eine der wenigen wirklichen sozialen Taten, von denen wir sagen können: Da sind wir ganz weit voranmarschiert und wir haben eine Gruppe im Auge, die es so nötig hat, wie keine andere Gruppe in unserer Gesellschaft. Es handelt sich dabei, immerhin um faßt zwei Millionen Menschen. Darunter sind viele Menschen, die wissen alle, die aus der kommunalen Praxis kommen, die ihr Leben lang gearbeitet und geschuftet haben, die eine gute Rente nach Hause getragen haben, aber die feststellen, selbst eine gute Rente reicht nicht aus, einen Pflegeplatz zu finanzieren.

Wenn Menschen, die 35 Jahre lang alles, was sie konnten in ihr Arbeitsleben investiert haben, am Lebensende als Pflegefall Taschengeldempfänger sind, dann sage ich: Dies ist einer reichen Gesellschaft unwürdig und wir werden das ändern.

Ich will an einem zweiten Problem deutlich machen, daß diese Regierung, im Gegensatz zu den großen Traditionen unserer Partei, die elementaren sozialen Herausforderungen nicht begreift. Es ist noch nicht einmal 3 Jahre her, da sprach diese Bundesregierung davon, daß Deutschland mit Wohnungen und Wohnraum voll versorgt sei. Mehr noch, man sei überversorgt. Heute wissen wir, daß das größte und bedrückendste Problem für eine wachsende Zahl von Menschen das Wohnungsproblem ist. Ich sage deshalb deutlich, wer glaubt, er kann das Wohnen von Menschen, ähnlich wie irgendein anderes materielles Produkt, dem ökonomischen Markt zur Selbstregelung überlassen, mit der Folge, daß die Schwächsten in unserer Gesellschaft von dem Karussell des Marktes runtergeschmissen werden, der hat nicht begriffen, daß zum Grundbestandteil von menschlicher Würde auch das Recht auf anständiges Wohnen gehört. Wir müssen deshalb durchsetzen, daß in diesem Lande das Recht auf Wohnen in die neue Verfassung aufgenommen wird.

Ich glaube, dazu gehört ein Tatbestand, den wir in den vergangenen Jahren ein wenig aus den Augen verloren haben. Wer in die neuen Länder schaut, und am dramatischsten ist es in Berlin, wo Grund und Boden nun mal nicht vermehrbar ist, wer also dahin schaut, wird feststellen, daß es dort Leute gibt, die zur rechten Zeit ein Grundstück für ein Ei und ein Butterbrot erworben haben und es nun, ohne einen Handschlag dafür getan zu haben, mit eintausend-, dreitausend-, fünftausend-, zehntausendfachem Gewinn wieder verscherbeln, also mit einer ungeheuren Spekulation Gewinn machen. Dazu sage ich, wir müssen die Diskussion über mögliche und notwendige Instrumente zur Wegsteuerung von Spekulationsgewinnen wieder öffnen. Denn so geht das nicht weiter.

Genossinnen und Genossen, ich weiß, daß Ihr noch gewichtige Themen auf diesem Parteitag zu behandeln habt, ich werde mich deshalb etwas kürzer fassen. Laßt mich trotzdem einige abschließende Bemerkungen zu dem machen, was unsere Partei und mich als Parteivorsitzenden sehr beschäftigt. Eine Gesellschaft und eine Welt, in der neue Herausforderungen zu beantworten sind, erfordert eine Partei, die sich nicht nur inhaltlich, sondern auch von ihrer Struktur her auf diese neuen Aufgaben einstellt. Dazu will ich vier kurze Bemerkungen machen.

1. Ich glaube und bin fest davon überzeugt: Unsere alte Mutter Sozialdemokratie muß sich öffnen. Sie muß sich öffnen bei allem Sachverstand, der in unseren Reihen schon vorhanden ist. Unsere Partei muß sich auch dem Sachverstand öffnen, der außerhalb unserer Partei vorhanden ist. Wir mögen alle klug sein, auch alle, die hier oben sitzen. Aber wir vereinen in uns nur einen Bruchteil des Wissens, das man braucht, um heute wirklich kluge Lösungen für die Zukunft finden zu können. Deshalb meine ich, der Sachverstand außerhalb der Partei, der Sachverstand aus Wirtschaft, aus Gewerkschaften - wo unglaublich viel Branchenkenntnisse zu Hause sind -, aus Wissenschaft muß Zugang und Eingang in die Debatten unserer Partei finden; wir alle können so nur gewinnen. Wir müssen die Partei aber auch für junge Leute öffnen. Für junge Leute, die heute weit davon entfernt sind, unser Parteileben als besonders attraktiv zu empfinden. Wir können uns doch nicht auf den Standpunkt stellen, die jungen Leute sind selbst daran Schuld. Wir müssen uns deshalb fragen, was können wir tun, damit der Nachwuchs wieder zu uns kommt und sagt: Bei Euch möchte ich meine politische Heimat und politische Zukunft finden.

2. Wir sollten unsere Kräfte mehr auf das Lösen von Problemen konzentrieren als auf die Beschäftigung mit uns selbst. Erhard Eppler hat neulich in einer kleinen Ansprache zu seinem 65. Geburtstag, den wir in Bonn feierten, gesagt: Es sei wohl richtig, daß 90 % der Politik darin bestünde, sich mit Personen, unter Personen und gegen Personen auseinanderzusetzen und sich nur zu 10 % auf die Sache zu konzentrieren. Dies ist ein unglaublich unökonomisches Verhältnis. Deshalb ist meine Auffassung: Wir sollten uns nicht untereinander und gegeneinander profilieren, sondern unsere Profilsucht darauf konzentrieren, besser zu sein als der politische Gegner, der zur Zeit noch in Bonn regiert. Besonders schön wäre es, wenn die Häuptlinge in der großen sozialdemokratischen Partei immer im Bewußtsein hätten, daß sie nur so lange Häuptlinge sind, wie die Indianer bereit sind, sie als Häuptlinge zu tragen und nicht umgekehrt.

3. Unsere Partei muß, mehr als die Christdemokraten und weit mehr als die Liberalen, ein Vorbild sein. Sie muß Vorbild sein, weil sie eine programmatische Partei mit großen moralischen und ethischen Ansprüchen ist. Das heißt: Wenn die Sozialdemokratie anders handelt als sie spricht, dann kostet das bei uns fünfmal mehr Vertrauen als bei den Liberalen - von denen erwartet man nichts anderes. Aber, das heißt auch, mit Versprechen vorsichtig zu sein. Klaus Matthiesen hat mich gelehrt, nach Möglichkeit nicht mehr in ein Programm zu schreiben, als man in einer befristeten Zeit auch wirklich einlösen kann. Lieber etwas weniger in ein Programm reinschreiben, lieber etwas weniger versprechen, aber das wenigere dann auch wirklich durchsetzen und halten. Wenn Anspruch und Umsetzung ganz eng zusammenkommen, dann werden die Leute sagen: Das

ist eine Partei, der traue ich. Klafft das aber weit auseinander, dann wird der Vertrauensschwund auch unsere Partei in großem Maß erreichen - das können wir nicht wollen. Was das im einzelnen bedeutet, das kann man an dieser furchtbaren Debatte in Hamburg sehen. Hier ist die Bodenhaftung buchstäblich verlorengegangen. Hier hat der große Anspruch von Bescheidung und Beherrschung im praktischen Alltag der Parlamentarier keine Entsprechung gefunden hat.

Wo einmal die Bodenhaftung buchstäblich verlorengegangen ist, wo der hehre Anspruch von Bescheidung und Beherrschung im praktischen Alltag der Parlamentarier keine Entsprechung gefunden hat, kann ein Thema eine ganze Regierung an manchen Rand treiben. Und von daher glaube ich, wir werden mit Bescheidung und Beherrschung, mit der Identität von Anspruch und Entsprechung eine Partei sein, auf die man schaut. Denn wir machen gegenwärtig - gottlob - weit weniger Fehler in dieser Hinsicht als die Regierenden.

Und viertens. Bei aller Notwendigkeit zur Öffnung und zum Dialog mit anderen Gruppen in der Gesellschaft, diese Partei wird nie vergessen, woher sie geschichtlich kommt, in wessen Auftrag sie vor allem arbeitet und für wen sie da ist. Und das heißt konkret, wenn die Bodenhaftung zu den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, im Saarland verlorengeht, wenn ein Spalt käme zwischen die tragenden Kräfte der großen deutschen Arbeiterbewegung - Gewerkschaften und Sozialdemokratie - dann wären unsere Tage gezählt. Daß uns dies nicht passiert, dafür stehe ich. Das Volk weiß, bei aller Veränderung, die wir vornehmen müssen, eins bleibt dafür Leitlinie: Die, die uns groß gemacht haben, werden auch in Zukunft im Zentrum unserer Bemühungen und unserer Politik stehen.

Genossinnen und Genossen, Ihr in Nordrhein-Westfalen habt am deutlichsten gezeigt, daß sozialer Strukturwandel möglich ist. Und Ihr habt gezeigt, daß ein sozialer Strukturwandel humaner, und letztlich auch ökonomischer ist, als der orthodoxe Weg der Liberalen und Fundamentalisten der C-Parteien, die das alles über den kalten Mechanismus des Marktes abspulen wollen. Ich glaube, und das ist keine Übertreibung, daß hier in Nordrhein-Westfalen viele Maßstäbe gesetzt worden sind, Maßstäbe für die ökologische Umrüstung der Industriegesellschaft, für die soziale Dimensionierung des Fortschritts und für die Bodenhaftung von Politikern und ihre Bindung an das Volk, das sie gewählt hat. In diesem Sinne glaube ich, mit Carlo Schmid sagen zu dürfen, Ihr habt allen Anlaß, Euer Licht nicht unter, sondern auf den Scheffel zu stellen. Nicht großspurig, nicht prahlerisch, aber mit dem Selbstbewußtsein einer 25 Jahre lang erfolgreich regierenden Partei in einem erfolgreichen Land. Ihr seid nach meiner Einschätzung ein starkes Stück Deutschland. Und Ihr seid ein starkes Stück SPD. Und ich wünsche Euch - und werde daran mitwirken - , daß das so bleibt.

11. ordentlicher Parteitag
14. und 15. Dezember 1991.
Hagen, Stadthalle.

R E D E

des

Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion

F r i e d h e l m F a r t h m a n n

Genossinnen und Genossen,

die Diskussion über die Berichte eben ist ja doch erfreulicherweise sehr grundsätzlich geworden, und deswegen tut es mir leid, daß ich Euch jetzt noch einmal mit einem Bericht der Landtagsfraktion ankomme. Das Parteitagsritual sieht das vor. Ich will es auch so kurz wie möglich machen und verweise Euch alle auf den Euch vorliegenden schriftlichen Bericht, in dem in sehr ausführlicher Weise über die Arbeit der Fraktion berichtet worden ist, auch über die einzelnen Arbeitskreise und empfehle Euch aber auch wirklich ihn gelegentlich zur Hand zu nehmen. Denn es tut einem manchmal leid, wieviel Arbeit da investiert wird, wenn man sich das überlegt, daß das nur sozusagen für die Aktenlegung ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den ersten eineinhalb Jahren dieser Legislaturperiode eine schwierige Phase hinter uns. Die Mitglieder der Fraktion wissen, daß ich ihnen im Sommer 1990, vor fünf Viertel Jahren, einen Brief geschrieben habe. Damals hatte ich angedeutet, daß wir nach meiner Einschätzung vier wichtige Themen vor uns haben in der ganzen Legislaturperiode. Das waren die Themen Kindertagesstättengesetz, Braunkohlentagebau, Schulpolitik, Schulorganisation und Kommunalverfassung. Und diese vier Themen haben in der Tat alle vier, Johannes hat schon darauf hingewiesen, in diesem Herbst und in diesem Sommer Entscheidungen erfordert. Deswegen standen wir unter einer erheblichen Strapaze. Aber ich glaube, wenn wir die Bilanz vornehmen, dann sieht sie gar nicht schlecht aus. Was das Kindertagesstättengesetz anbetrifft, darauf ist vorhin schon eingegangen worden in den Erörterungen, dann kann man, glaube ich, sagen, daß wir das heute auf einen guten Weg gebracht haben. Es war zunächst etwas schwierig, hat auch ein paar Anfangsprobleme gegeben, und wir hatten schon so etwas kurz vor der Sommerpause die Angst, daß diese größte finanzielle Leistung, zu der wir in dieser Legislaturperiode in der Lage sind, da braucht man sich keine Illusionen machen, so was können wir nicht wiederholen, das dies zu einem Desaster werden würde. Es gab eine massive Kritik, und es hat Demonstrationen gegeben. Wir haben aber noch wirklich die Kurve gekriegt, und es sind einige Verbesserungen durchgeführt worden. Ich glaube, daß der Entwurf, so wie er jetzt ist, auf weite Zustimmung stößt und ich glaube, er bringt das, was wir im Wahlkampf versprochen haben, nämlich 125.000 neue Kindergartenplätze in dieser Legislaturperiode, als Angebot. Das ist natürlich für einige Kommunen, je nach ihrem Stand, gar nicht einfach; das wissen wir auch. Da wollen wir auch gar nicht drängen und kritisieren. Aber das Land hat das seinerseits Erforderliche getan oder wird tun, was wir im Wahlkampf versprochen haben und was der Ministerpräsident in der Regierungserklärung gesagt hatte. Das zweite war der Braunkohlentagebau Garzweiler II. Es hat Leute gegeben, die gesagt haben, das wird die schwierigste Entscheidung der ganzen Legislaturperiode. Und diese Entscheidung ist als Leitentscheidung auf den Weg gebracht, mit einer gewissen Beschränkung des Abbauvolumens mit erheblichen, auch finanziell aufwendigen Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Umweltschutzes. Wir können heute sagen, daß diese Leitentscheidung vertretbar ist und deswegen die Handlungsfähigkeit der Landesregierung in diesem wichtigen Punkt unterstrichen hat. Der dritte Punkt ist die Schulorganisation. Kienbaum-Gutachten. Auch das ist schon gesagt worden. Aber die Landesregierung und die Fraktion haben das getan, was sie jetzt tun konnte. Wir haben ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, auch im großen Einvernehmen.

Daran wird das Ein oder Andere noch zu korrigieren sein. Heute morgen waren die Vertreter der Abendrealschulen hier. Mit denen müssen wir noch sprechen, denn es muß auch klargestellt werden, daß wir am Angebot des zweiten Bildungsweges überhaupt nicht rütteln und nichts davon abstreichen lassen, aber das wir in der Frage der Organisation vielleicht mehr nachdenken müssen. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten geschehen, und wir wollen auch noch über andere Punkte, auch über die haushaltsrechtlichen Auswirkungen noch reden müssen. Aber im Grunde sind wir auch da voll in der Zeit. Der vierte Punkt ist der schwierigste Punkt, das ist die Kommunalverfassung und dazu will ich weiter gar nichts sagen, denn das ist ja das, was dieser Parteitag zu entscheiden hat.

Da hat es natürlich manche Enttäuschung gegeben über das, was erwartet worden ist, auch teilweise was angekündigt worden ist, auch teilweise ohne Widerspruch in der Partei angekündigt worden ist. Aber ich glaube, wir müssen hier in aller Deutlichkeit sehen, wir als Fraktion sind auch dazu bereit. Mehrheit ist Mehrheit, und das gilt selbstverständlich auch für innerparteiliche Willensbildung. Wir werden ja morgen sehen, was beschlossen wird und wir werden dann entsprechend handeln. Wir haben eine Klausurtagung extra zu dem Zweck gemacht, waren aber der Meinung, daß wir als Fraktion nicht berechtigt wären, sozusagen auf Vorgaben zu gehen, sondern daß das die Partei in den Bezirken und jetzt auf Landesebene entscheiden muß.

Genossinnen und Genossen, alles das findet statt unter allerschwierigsten finanziellen Bedingungen. Ich will Euch dazu nur eines sagen: Die amtliche Steuerschätzung, also keine SPD-Zahl, sondern die amtliche Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres hat erbracht, daß in der Zeit von 1991 bis 1994 die öffentlichen Hände insgesamt 103 Mrd. DM Mehreinnahmen haben werden.

Durch den Wirtschaftsaufschwung, aber auch durch Steuererhöhungen 103 Mrd. DM Mehreinnahmen in diesen vier Jahren, für alle öffentlichen Hände. Das ist schon ein kräftiger Schluck aus der Pulle. Nur, wenn man sich jetzt anguckt, wer das kriegt, dann wird es ganz schlimm. Da stellt sich nämlich heraus, daß nach der amtlichen Steuerschätzung der Bund 80,8 Mrd. bekommt, die neuen Länder auf dem Gebiet der früheren DDR 17,1 Mrd., die Kommunen in den neuen Ländern 3,1 Mrd. und die Europäische Gemeinschaft 11,1 Mrd. Und wer jetzt im Geiste mitgerechnet hat, der hat gemerkt, das sind schon viel mehr als 103 Mrd.

Da zeigt sich nämlich das, was kommt, der Pferdefuß. Aus dieser amtlichen Steuerschätzung ergibt sich nämlich, daß die alten Bundesländer, also wir, 6,9 Mrd. weniger kriegen in diesen Jahren, und die Kommunen hier bei uns 1,9 Mrd. nominell weniger kriegen.

Genossinnen und Genossen, das ist eine katastrophale Zahl. Die Aufgaben für Kommunen und Länder steigen ständig. Wenn mehr Menschen hier zuwandern, aus den verschiedensten Gründen, brauchen wir Kindergartenplätze, Plätze in den Schulen, wir brauchen mehr Altenheime, alles das, das wißt ihr alles besser als ich. Ständig steigende Aufgaben und zurückgehende öffentliche Einnahmen. Wir haben inzwischen eine neue Steuerschätzung von November '91, deren neue Zahlen ich noch nicht genau kenne, die aber die Relation in vollem Umfange bestätigen. Und, Genossinnen und Genossen, deswegen habe ich bei der dritten Lesung des Haushaltes für '91 schon im Landtag erklärt, daß allmählich wir in der Situation sind, daß die Autonomie von Ländern und Kommunen bedroht ist, wenn das so weitergeht. Wir haben keinen Spielraum mehr, wir stehen im wahrsten Sinne des Wortes finanziell mit dem Rücken an der Wand. Wir werden finanziell stranguliert und sind nicht mehr politisch handlungsfähig, wenn das so weiter geht. Und, Genossinnen und Genossen, ich kenne ja die - es ist leider nicht zu beklatschen, sondern zu bedauern - ich kenne ja die Kritiken der Kommunen, die auch von uns verlangen: Warum kriegen wir nicht mehr Geld? Und sie haben Recht. Sie müssen mehr Geld haben. Wir möchten ihnen auch mehr Geld geben, wenn wir es hätten. Deswegen geht es jetzt nicht nur um eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen bei der Steuerdiskussion, sondern es geht vorrangig auch um eine andere Verteilung der öffentlichen Einnahmen. Wir müssen dafür sorgen, daß Länder und Kommunen in deutlich höherem Maße als bisher an den öffentlichen Einnahmen beteiligt werden, sonst ist der Föderalismus und ist die komunale Selbstverwaltung nur noch auf dem Papier und das müssen wir verhindern, Genossinnen und Genossen.

So, nun will ich das letzte sagen: Wir haben am 8.12. ja ein Jubiläum gefeiert, denn am 8. Dezember vor 25 Jahren war Heinz Kühn zum ersten Mal als Ministerpräsident gewählt worden. Das war ein gelungenes Fest, das wird jeder sagen, der dabei war. Nur, liebe Genossinnen und Genossen, ein

gelungenes Fest ist noch keine gelungene Politik. Deswegen kommt es darauf an, daß wir den Schwung, den wir alle empfunden haben bei diesem Fest am vorigen Sonntag, daß wir davon ein bißchen mitnehmen in die politische Arbeit und in den politischen Alltag. Ich möchte mir wünschen, daß davon etwas spürbar würde auf dem Parteitag und auch in unserer Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten. Denn es war schwer genug in den vergangenen Monaten - und alle Mitglieder unserer Fraktion werden mir das bestätigen. Nicht nur, daß wir kein Geld haben, nicht nur, daß sich die Anforderungen unheimlich konzentrierten, sondern wir haben eine Opposition, bei der die persönliche Beleidigung und Geschäftsordnungstricks das politische Programm ist. Es gibt keine ernsthafte Alternative in der Sache, sondern das ist das, was uns immer wieder geboten wird, gestern in besonderem Maße. Genossinnen und Genossen, und deswegen müssen wir aufpassen. Und natürlich sieht jeder, der seine Augen offen hat, die Gefahren, die darin bestehen, daß es nach drei absoluten Mehrheiten immer schwerer wird. Deswegen ist für uns, und auch für unsere Fraktion und für unsere Partei, der Mai 1995 die Stunde der Wahrheit. Wir haben alle Arbeit darauf zu richten, daß wir diese Stunde der Wahrheit bestehen. Und ich warne vor dem, was man gelegentlich hört, wenn gesagt wird, es gibt ja sowas wie Erneuerung in der Opposition. Ich kann das überhaupt nicht bestätigen. Wenn wir uns die CDU in Nordrhein-Westfalen angucken, dann sieht man, daß man in der Opposition sich nicht erneuert, sondern immer tiefer sackt. Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen sage ich, wir setzen nicht auf Erneuerung in der Opposition, sondern wir setzen auf Erneuerung in der Verantwortung. Das muß unsere Marschrichtung sein. Dazu gehört auch weiter ein ständiger Prozeß, eine ständige Herausforderung, dazu gehört, daß wir auch weiter handlungsfähig bleiben in Nordrhein-Westfalen. Dazu kann auch dieser Parteitag einen Beitrag leisten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein herzliches Glückauf!